

# **Ökonomische (monetäre) Bewertung der wirtschaftspolitischen Erfolge der Wirtschaftskammer Österreich 2001 - 2005**

**Eine volkswirtschaftlich - empirische Untersuchung**

---

**von**

**o. Univ. - Prof. Dr. DDr. h.c. Friedrich Schneider \*)**

**und**

**Mag. Michael Holzberger \*\*)**

\*) Ordentlicher Universitätsprofessor, Vizerektor für Außen- und Auslandsbeziehungen, Institut für Volkswirtschaftslehre, Johannes Kepler Universität Linz, A-4040 Linz/Auhof, Altenbergerstr. 69, Tel.: +43/732/2468-8210; Fax: +43/732/2468/8209; E-Mail: [Friedrich.Schneider@jku.at](mailto:Friedrich.Schneider@jku.at)  
<http://www.economics.uni-linz.ac.at/Members/Schneider/default.htm>

\*\*\*) Assistent, Institut für Volkswirtschaftslehre, Johannes Kepler Universität Linz, A-4040 Linz, Altenbergerstr. 69, Tel: +43/732/2468/8303,  
E-mail: [Michael.Holzberger@jku.at](mailto:Michael.Holzberger@jku.at)

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
1. Einleitung	3
2. Monetäre Bewertung der wirtschaftspolitischen Erfolge der Wirtschaftskammer Österreich der Jahre 2001 – 2005	3
3. Bewertung der wirtschaftspolitischen Erfolge der Wirtschaftskammer Österreich in den Jahren 2001 bis 2005	18
3.1. Die Wirtschaftskammer als Teil der Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft	19
3.2. Einfluss der Sozialpartnerschaft auf das Wirtschaftswachstum	22
3.3. Bewertung der wirtschaftspolitischen Erfolge der Wirtschaftskammer Österreich für die Jahre 2001 - 2005	32
3.4. Bewertung der wirtschaftspolitischen Erfolge der WKÖ: Anteil am Wirtschaftswachstum	32
3.5. Bewertung der wirtschaftspolitischen Erfolge: Wertschöpfungsanalyse	35
3.5.1. Jährliche Wertschöpfungseffekte aufgrund der wirtschaftspolitischen Erfolge der WKÖ bis 2005	36
3.5.2. Gesamte Wertschöpfungseffekte der wirtschaftspolitischen Erfolge und kumulativ-anteilige Fortschreibung der Wirkung bis 2007	40
3.5.3. Wertschöpfungswirksamkeit der wirtschaftspolitischen Erfolge der Wirtschaftskammer Österreich für Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU)	42
4. Zusammenfassung: Gesamtbewertung der Leistungen der Wirtschaftskammer Österreich	45
Literaturverzeichnis	50
Appendix: Methodik der Wertschöpfungsanalyse	51

## **1. Einleitung**

In dieser Studie werden die wirtschaftspolitischen Erfolge der Wirtschaftskammer Österreich der Jahre 2001 – 2005 auf ihre volkswirtschaftliche Bedeutung hin untersucht und quantifiziert. Einerseits werden über den Beitrag der Sozialpartnerschaft zum Wirtschaftswachstum die Anteile der wirtschaftspolitischen Erfolge am Wirtschaftswachstum in Österreich quantifiziert. Zum anderen werden die monetären Volumina der wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf ihre Wertschöpfungstauglichkeit überprüft um in Folge die daraus resultierenden ökonomischen Effekte zu ermitteln.

Im anschließenden Kapitel 2 werden die wirtschaftspolitischen Erfolge der Wirtschaftskammer Österreich sowie deren monetäre Bewertungen für die Jahre 2001 – 2005 kurz und übersichtlich dargestellt. Danach wird im Kapitel 3 eine volkswirtschaftliche Bewertung durchgeführt, die zum einen das Ausmaß der durch diese Maßnahmen zusätzlich induzierten Effekte und zum anderen den Beitrag zum österreichischen Wirtschaftswachstum der Jahre 2001 bis 2005 quantifizieren soll. Kapitel 4 fasst die wesentlichsten Ergebnisse noch einmal übersichtlich zusammen.

## **2. Monetäre Bewertung der wirtschaftspolitischen Erfolge der Wirtschaftskammer Österreich der Jahre 2001 – 2005**

In den untenstehenden Tabellen 2.1. und 2.2. findet sich eine Auflistung der wirtschaftspolitischen Erfolge der Wirtschaftskammer Österreich für die Jahre 2001 – 2005 (2007) sowie deren monetäre Bewertungen. Alle Angaben stammen dabei von der Wirtschaftskammer Österreich und wurden auf ihre Richtigkeit seitens der Autoren soweit es ging überprüft. Diese beiden Listen erheben jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die quantitativen Ausprägungen wurden weiters für die einzelnen Jahre in der Tabelle 2.1. aufsummiert. Die Jahre 2004 und 2005 zeigen dabei mit Volumina in Höhe von 890 Mio. bzw. rund 1,25 Mrd. Euro die eindeutig höchsten Werte. Insgesamt können die wirtschaftspolitischen Maßnahmen über alle fünf betrachteten Jahre mit einem Wert von rund 2,63 Mrd. Euro quantifiziert werden, wenn man dabei von einem Einmaleffekt der einzelnen wirtschaftspolitischen Maßnahmen ausgeht. Zieht man davon die beiden Einmaleffekte der Tabelle 2.1. ab, so erhält man einen Wert von rund 2,38 Mrd. Euro. Viele der Maßnahmen sind jedoch für die Folgejahre fortzuschreiben und müssen dementsprechend bei einer

Gesamtbetrachtung kumuliert werden. Lediglich die Breitbandförderung im ländlichen Raum sowie die Verlängerung der Investitionsprämie für 2004 sind Einmaleffekte und werden daher nicht fortgeschrieben.

**Tabelle 2.1.: Wirtschaftspolitische Erfolge 2001 bis 2005 – monetäre Bewertung (Zahlen bereits veröffentlicht)**

<b>Nr.</b>	<b>Wirtschaftspolitische Maßnahme</b>	<b>jährliche / einmalige Ersparnis für die Wirtschaft in Mio. Euro</b>	<b>Jahr der Verwirklichung</b>
1	Urlaubsquotierung	131	2001
2	Senkung der Krankenversicherungs-Arbeitgeberbeiträge	67	2001
3	Entfall Postensuchtag	13	2001
<b>Summe jährliche wirtschaftliche Ersparnis 2001 in Mio. €</b>	<b>211 (bei 5-jähriger Laufzeit: 1.055)</b>		
4	Kostenersatz für Lehrlingsbetriebe: € 1000-Lehrlingsprämie	120	2002
5	Nachtschwerarbeitsgesetz	7	2002
6	50%-iger Kostenersatz bei Freizeit- und Arbeitsunfällen	100	2002
7	Kinderbetreuungsgeld auch für Unternehmer	7	2002
8	Halbierung der Mindestbeitragsgrundlage der Selbstständigen zur Krankenversicherung	35	2002
<b>Summe jährliche wirtschaftliche Ersparnis 2002 in Mio. €</b>	<b>269 (bei 4-jähriger Laufzeit: 1.076)</b>		
9	13. Ust-Vorauszahlung abgeschafft	6	2003
<b>Summe jährliche wirtschaftliche Ersparnis 2003 in Mio. €</b>	<b>6 (bei 3-jähriger Laufzeit: 18)</b>		
10	Verlängerung Investitionsprämie für 2004 (nur Einmaleffekt)	210	2004
11	Steuerbegünstigung nicht entnommene Gewinne	400	2004
12	F&E-Offensive (Nationalstiftung)	125	2004
13	Breitbandförderung im ländlichen Raum (nur Einmaleffekt)	15	2004
14	Lohnnebenkostensenkung für Ältere Arbeitnehmer	140	2004
<b>Summe jährliche wirtschaftliche Ersparnis 2004 in Mio. €</b>	<b>890 (bei 2-jähriger Laufzeit und exkl. Einmaleffekte: 1.555)</b>		
15	Entlastung für Unternehmer durch neuen Einkommenssteuertarif (80% aller Unternehmen sind Personengesellschaften)	130	2005
16	KöSt-Senkung von 34% auf 25% (rund 70% aller Kapitalgesellschaften haben weniger als 10 Arbeitnehmer)	975	2005
17	Abschaffung Sektsteuer	23	2005
18	Einführung Gruppenbesteuerung	100	2005
19	Reduzierte Besteuerung der Schadensrückstellungen von Versicherungen	25	2005
<b>Summe jährliche wirtschaftliche Ersparnis 2005 in Mio. €</b>	<b>1.253 (bei 1-jähriger Laufzeit: 1.253)</b>		

Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Wien, November 2004

Lässt man die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Jahres 2001 fünf Jahre laufen, jene des Jahres 2002 vier Jahre, usw, ergeben sich die jeweils in der Tabelle 2.1. in Klammer stehenden Werte. Die beiden Einmaleffekte des Jahres 2004 wurden bei der Kumulierung auch nur mit einer Laufzeit von einem Jahr angesetzt. Insgesamt ergibt sich so für die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Tabelle 2.1. ein kumulierter monetärer Wert von rund 4,96 Mrd. Euro im Zeitraum 2001 bis inkl. 2005. In der Tabelle 2.2. wird ebenfalls eine monetäre Bewertung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen durch die WKÖ durchgeführt, bei denen die Quantifizierung wesentlich schwieriger ist. Die Werte stellen Grobschätzungen dar und etliche Maßnahmen können nicht quantifiziert werden, da dies nur mit Direktbefragungen der Betroffenen möglich wäre – diese Befragungen aus Zeit- und Kostengründen den Autoren nicht zur Verfügung stehen.

**Tabelle 2.2.: Wirtschaftspolitische Erfolge 2001 bis 2005 – monetäre Bewertung  
(grob geschätzt oder nicht bewertet)**

<b>Thema/Erfolg</b>	<b>Kurzbeschreibung</b>	<b>Monetäre Auswirkungen – grobe Schätzung</b>
<b>(1) Intern</b>	Kammerreform	2002: 30 Mio. 2003: 50 Mio. ab 2004: 70 Mio. EUR jährlich
<b>(2) Sozialpolitik</b>		
Abfertigung neu	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Umstellung von einem leistungsorientierten in ein beitragsorientiertes System.</li> <li>- Beseitigung von existenzbedrohenden Anhäufungen von Abfertigungszahlungen.</li> <li>- Mit dem monatlichen Beitragszahlungen sind für die Arbeitgeber alle Verpflichtungen erfüllt.</li> <li>- Beseitigung der Abfertigungsrückstellungen nach Steuerrecht.</li> <li>- Kein Verfall von Abfertigungsanwartschaften; Mitnahme der Abfertigungsanwartschaft zum neuen Arbeitgeber; Möglichkeit der Auszahlung als lebenslange Rente oder Einmalzahlung.</li> </ul>	Ab 2002: 400 Mio. Euro / Jahr
Gewerbliche Sozialversicherung	<ul style="list-style-type: none"> <li>- 60 % höhere Unfallversicherungsrenten für Gewerbetreibende.</li> </ul>	nicht bewertbar

**Tabelle 2.2. (Forts.): Wirtschaftspolitische Erfolge 2001 bis 2005 – monetäre Bewertung (grob geschätzt oder nicht bewertet)**

Reform des Arbeitnehmerschutzes	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausbau des Dienstleistungs- und Servicecharakters; Anmeldung von Kontrollen; Begleitung des Arbeitsinspektors; Beratung statt Strafe.</li> <li>- Festlegen von Präventionszeiten für Büroarbeitsplätze, Nachtarbeitsplätze und alle anderen Arbeitsplätze.</li> <li>- Flexibilisierung betreffend Aufteilung der Präventionszeit.</li> <li>- Sachgerechte und betriebsindividuelle Festlegung von Einsatzzeiten für Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik.</li> </ul>	50. Mio. Euro
Zukunftsvorsorge für Unternehmer	Staatliche Förderung von rund 9 % pro Jahr bei einer maximalen Prämienleistung von rund 1.850,- Euro. Für die eingezahlten Beiträge gibt es eine Kapitalgarantie und bei Verrentung der Beiträge entfällt die Steuerpflicht.	nicht bewertbar
Wegfall der "Schwarz-Weiß-Regelung" im Gesetz	Erfolg für Bundessparte Handel: Die Vorschrift, wonach Angestellte und Lehrlinge, die an einem Samstag nach 13.00 Uhr beschäftigt werden, am folgenden Samstag nicht beschäftigt werden dürfen, wurde 2003 im Arbeitsruhegesetz gestrichen. Damit wurde die Ausgangsbasis für kollektivvertragliche Verhandlungen in der Zukunft deutlich verbessert.	nicht bewertbar
Versöhnungsfonds	Etablierung des Sklaven- und Zwangsarbeiter-Versöhnungsfonds durch Sicherstellung der Finanzierung durch Beiträge aus der Wirtschaft: Sicherstellung der österreichischen Exportmöglichkeiten, endgültige Regelung historischer Entgeltfragen.	nicht bewertbar
Ausländerbeschäftigung - Schlüsselkraftregelung	Deutliche Erweiterung der Schlüsselkraftregelung gegenüber früher; Erleichterung nicht nur für Industrie, sondern auch Dienstleistung; Förderung von Know-How und Forschungskompetenz in Österreich	nicht bewertbar
Kündigungsschutz	Möglichkeit der Kündigungsanfechtung für Arbeitnehmer über 50 erst nach dem 3. Beschäftigungsjahr (früher bereits nach 6 Monaten).	nicht bewertbar
Kinderbetreuungsgeld	Kinderbetreuungsgeld auch für Unternehmer, bis zu 36 Monate.	nicht bewertbar
Bonus nach AMPFG	Bonus (Entfall des ALVG-Beitrages bei Neueinstellung über 50-jährige) auch bei saisonbedingter Unterbrechung und Wiedereinstellung.	nicht bewertbar

**Tabelle 2.2. (Forts.): Wirtschaftspolitische Erfolge 2001 bis 2005 – monetäre Bewertung (grob geschätzt oder nicht bewertet)**

Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitslose	Flexibilisierung der Zumutbarkeitsbestimmungen: Verkürzung des Berufsschutzes auf 100 Tage, Neuregelung der zumutbaren Wegzeiten (1/4 der täglichen Normalarbeitszeit; 1,5 Std.), Einführung eines Entgeltschutzes.	50 Mio. Euro
Pensionsharmonisierung	Der Beitragssatz für Selbständige wird in einer zehnjährigen Übergangszeit schrittweise auf 17,5 Prozent (statt 22,8 Prozent) angepasst.	60 Mio. Euro
<b>(3) Rechtspolitik</b>		
Gewerbeordnungsnovelle 2002	Neue zukunftssträchtige Berufe wurden geschaffen (z.B. Ernährungsberater); einige gebundene Gewerbe wurden freie Gewerbe (z.B. Handel); Nebenrechte wurden erweitert; Modernisierung der Meister- und Befähigungsprüfungen. → Durch Liberalisierung des Gewerberechts und leichterem Zugang zur Selbständigkeit wurden Unternehmensneugründungen angeregt.	nicht bewertbar
Änderung der GewO 2004	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausweitung der Berechtigungen der gewerblichen Buchhalter (Beseitigung von Wertgrenzen) und Unternehmensberater</li> <li>- Sportwissenschaftliche Beratung in der Gewerbeordnung geregelt.</li> </ul>	nicht bewertbar
Preisrecht	Sowohl die Euro-Preisumstellung als auch die Einführung der Grundpreisauszeichnung wurde ohne Probleme und ohne Imagenachteile für die Mitglieder durchgeführt.	nicht bewertbar
E-Commerce, E-Government	<p>Die Förderung von E-Commerce und E-Government durch Schaffung entsprechender rechtlicher Grundlagen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- bestärkte den leistungsorientierten Vertrieb von Waren und Dienstleistungen bzw.</li> <li>- führte zu Einsparungen von Verwaltungskosten.</li> </ul> <p>Die Bundesregierung hat bundesweit Ziele festgelegt und Strukturen geschaffen, die eine Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden im E-Government sichern.</p>	nicht bewertbar
Deregulierung Handelsgesetzbuch (HGB)	Die noch in Gang befindliche Deregulierung des HGB - Schaffung eines Unternehmensgesetzbuches - wird zu einer wesentlichen Einsparung von Transaktionskosten führen.	nicht bewertbar

**Tabelle 2.2. (Forts.): Wirtschaftspolitische Erfolge 2001 bis 2005 – monetäre Bewertung (grob geschätzt oder nicht bewertet)**

Gewährleistungsrecht: Rückgriff des Einzelhändlers	Erfolg für Bundessparte Handel: Im Zuge der Umsetzung der Gewährleistungsrechts-Richtlinie erhielt der Letztverreiber, der gegenüber Kunden für Produktmängel "geradestehen" muss, den gesetzlichen Anspruch auf Ersatz seines Aufwandes durch den Lieferanten. Dieses Recht besteht immer dann, wenn vertraglich nichts anderes vereinbart ist.	30 Mio. Euro
Bargeldloser Zahlungsverkehr	Erfolg für Bundessparte Handel: Im bargeldlosen Zahlungsverkehr, der für den Handel naturgemäß besondere Bedeutung hat, konnten die Vertragskonditionen für Einzelhändler laufend verbessert werden.	nicht bewertbar
Neues Telekommunikationsgesetz (TKG 2003)	Das neue Telekommunikationsrecht 2003 bringt konsistente und umfassende Regelungen im Telekommunikationsbereich, insbesondere auch Rechtssicherheit für Betriebe. Positive Regelungen für Unternehmen wie z.B. Verbesserung der Leitungsrechte, etc.	nicht bewertbar
Neues Vergaberecht	Ein einheitliches Vergaberecht sorgt dafür, dass nicht zehn (9 + 1) unterschiedliche Vergaberechte in Österreich zu Anwendung kommen. Das neue Vergaberecht fördert auch den Leistungswettbewerb.	30 Mio. Euro
<b>(4) Finanzpolitik</b>		
Umsatzsteuer neu	- Ab 1.10.2003 haben Unternehmer in Österreich die Wahl, die Einfuhrumsatzsteuer (EUST), die auf für ihr Unternehmen importierte Gegenstände entfällt, direkt beim Finanzamt und nicht mehr bei der Zollbehörde zu entrichten (Option). Vorteile: keine liquiditätsbelastende Vorfinanzierung der EUST, vereinfachte Abwicklung (keine Umsatzsteuerrückforderungen mehr).	30 Mio. Euro
Weitere abgabenrechtliche Begünstigungen u. Erleichterungen der letzten Jahre	- Zusätzlicher Bildungsfreibetrag in Höhe von 20 % der Kosten für innerbetriebliche Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Arbeitgebers für seine Arbeitnehmer ab 2003 - Vereinfachung bei der Abfuhr aller lohnabhängigen Abgaben. - Gemeinsame Prüfung (Kommunal- und Lohnsteuer sowie SV-Beiträge) ab 2003.	22 Mio. ab 2003 jährlich

**Tabelle 2.2. (Forts.): Wirtschaftspolitische Erfolge 2001 bis 2005 – monetäre Bewertung (grob geschätzt oder nicht bewertet)**

Kapitalmarkt	<p>Seit 2000 zahlreiche Maßnahmen zur Attraktivierung des Kapitalmarktes, z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- erhöhte steuerl. Förderung d. Mitarbeiterbeteiligung,</li> <li>- steuerliche Förderung von Aktienoptionsplänen,</li> <li>- Gleichstellung der Aktie mit dem Sparbuch bei der Endbesteuerung,</li> <li>- neue Mitarbeitervorsorge (Nachfolge Abfertigung).</li> </ul> <p>Stärkung des Börseplatzes Wien unter anderem durch</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Abschaffung der Börsenumsatzsteuer seit 1. 10. 2000</li> <li>- umfassende Privatisierungsmaßnahmen</li> <li>- Einführung der Zukunftsvorsorge,</li> <li>- Entwicklung des österr. Corporate Governance Kodex.</li> </ul> <p>Institutionelle Mitarbeit der WKÖ: im Kuratorium für den österr. Kapitalmarkt; WKÖ-Vizepräsident Schenz ist Regierungsbeauftragter für den österreichischen Kapitalmarkt.</p>	50 Mio. Euro
Basel II	<p>Entschärfung von Basel II (neues Eigenmittelrecht für Banken ab 2006), vor allem auch durch das persönliche Engagement von Präsident Leitl in seiner Funktion als Eurochambres- Präsident: So werden Kreditvolumina von bis zu 1 Mio. Euro wie Privatkundenkredite behandelt, was eine Besserstellung für viele KMU gegenüber dem geltenden Bankrecht bedeutet. Gleichzeitig umfassende Informationsoffensive der WKÖ, um die Betriebe auf die neue Ratingpraxis in den Banken vorzubereiten.</p>	30 Mio. Euro
Getränkesteuer	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Erfolg für BSTF und BSH: Im Rahmen des Verfahrens vor dem Europäischen Gerichtshof in der Frage der Rückzahlung der Getränkesteuer konnten – nach Vorliegen der Entscheidung des EuGH und des Verwaltungsgerichtshofes – die Ansprüche der Betriebe im Gastgewerbe und in der Hotellerie gewahrt werden.</li> </ul>	nicht bewertbar

**Tabelle 2.2. (Forts.): Wirtschaftspolitische Erfolge 2001 bis 2005 – monetäre Bewertung (grob geschätzt oder nicht bewertet)**

Förderpolitik	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Stellenwert der KMU-Förderung konnte trotz massiven ausgabenseitigen Einsparungen im Bundesbudget beibehalten und erfolgreich verteidigt werden.</li> <li>- Durch Fusion von Bürges und FGG wurde mit der Austria Wirtschaftsservice GmbH (AWS) ein wichtiger Ansprechpartner für KMU-Förderungen ("one stop-shop") geschaffen.</li> <li>- Unmittelbar nach der Hochwasserkatastrophe 2002 konnte ein umfassendes „Hilfspaket“ aus steuerlichen Erleichterungen und Förderungen für die geschädigten Betriebe erreicht werden.</li> </ul>	nicht bewertbar
Maßnahmen im Baubereich	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Befristete vorzeitige Absetzung für Abnutzung (AfA von 7 %) für bauliche Objekte (2002 und 2003)</li> <li>- Sonderfinanzierung Hochbaumilliarde</li> <li>- Vorgezogene Finanzierung National Heritage</li> <li>- Umschichtung von Mitteln innerhalb der Wohnbauförderung zugunsten der Althausanierung (Kyotoziel)</li> <li>- Zusätzliche Mittel für den Denkmalschutz von 5,2 Mio. Euro ab 2004</li> </ul>	5,2 Mio. Euro
Vorsteuerabzug	- Voller Vorsteuerabzug Geschäftssessen	
Beseitigung Verwertungsverbot Betriebsaufgaben	- Beseitigung des Verwertungsverbot bei Betriebsaufgaben: sofortige Nutzung von Gebäuden ohne Versteuerung der stillen Reserven möglich	
<b>(5) Umwelt- und Energiepolitik</b>		
Klimapolitik	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Klimaschutzstrategie 2002: es wurde sichergestellt, dass der Beitrag der dem internationalen Wettbewerb ausgesetzten Industrie unterproportional gestaltet wird.</li> <li>- 2003: WKÖ-Kooperationsabkommen mit dem Umweltministerium, dem zufolge bei der Erreichung des Klimaschutzziels auf den österr. Wirtschaftstandort bestmöglich Rücksicht genommen werden soll.</li> <li>- Weiterer Lobbyingenerfolg: ein wesentlicher Beitrag zum österreichischen Klimaschutzziel kann durch klimaschutzrelevante Projekte im Ausland erbracht werden, dadurch neue Exportchancen für die österr. Umwelt- und Energietechnikbranche. Gleichzeitig geringer Druck auf die heimischen Betriebe, kostspielige Emissionsreduktionen vorzunehmen.</li> <li>- EU-Ebene: Wirtschaft konnte bei der Emissionshandelsrichtlinie durchsetzen, dass die Emissionsrechte gratis auf die Betriebe verteilt werden und Emissionsgutschriften aus Klimaschutzprojekten im Ausland verwendet werden dürfen.</li> </ul> <p>→ Überbordende Belastungen aus dem Emissionshandel konnten – speziell für die Industrie - vermieden werden. Trotzdem wird ein signifikanter Beitrag für den Klimaschutz geleistet.</p>	nicht bewertbar

**Tabelle 2.2. (Forts.): Wirtschaftspolitische Erfolge 2001 bis 2005 – monetäre Bewertung (grob geschätzt oder nicht bewertet)**

Anlagenrecht/Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Deutliche Verkürzung der Dauer anlagenrechtlicher Genehmigungsverfahren (Abwicklung von gewerbe-rechtlichen Genehmigungsverfahren bis 1996 in rund 400 Tagen, heute in durchschnittlich 100 Tagen).</li> <li>- Massive Beschleunigung der UVP-Verfahren: Durchsetzung eines vereinfachten Verfahrens für Industrieanlagen (keine Parteistellung von Bürger-initiativen, kein Umweltverträglichkeitsgutachten).</li> </ul>	60 Mio. Euro
Abfallpolitik	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Schaffung eines bundeseinheitlichen Abfallwirtschaftsrechts mit dem Abfallwirtschaftsgesetz 2002 (davor ein Bundesgesetz und 9 Landesgesetze).</li> <li>- Unbürokratisches Modell für Getränkeverpackungen: Selbstverpflichtung gegenüber dem Umweltminister durch Präsident Leitl 2002 - . Wirtschaft wird weiterhin Getränke in Mehrweggebinde anbieten, der Anteil der stofflichen Verwertung von Kunststoffflaschen wird von etwa 30 % auf bis zu 50 % erhöht. → Damit kein staatlich verordnetes Zwangspfand auf Einwegverpackungen wie in Deutschland.</li> </ul>	nicht bewertbar
Chemiepolitik	<p>Erste Entschärfung des offiziellen Vorschlags zum REACH Konzept (= neues Chemikalienmanagementkonzept der EU) in vielen Punkten, z.B.:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- In der Produktkette sind nur noch erweiterte Sicherheitsdatenblätter weiterzugeben.</li> <li>- Der administrative Ablauf des Registrierverfahrens wurde vereinfacht. Polymere sind vorläufig von der Registrierpflicht ausgenommen.</li> <li>- etc.</li> </ul>	nicht bewertbar
Energieabgabenvergütung	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Energieabgabenvergütung mit der Novelle 2004 aufrecht erhalten. Unterjährige Vergütung im Gesetz grundgelegt.</li> </ul>	nicht bewertbar
Getränkeverpackungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Neue unbürokratische Selbstverpflichtung der Wirtschaft im Bereich Getränkeverpackungen erspart kostspieliges Zwangspfand.</li> </ul>	nicht bewertbar

**Tabelle 2.2. (Forts.): Wirtschaftspolitische Erfolge 2001 bis 2005 – monetäre Bewertung (grob geschätzt oder nicht bewertet)**

<b>(6) Verkehrspolitik und Infrastruktur</b>		
Infrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Transeuropäische Verkehrsnetze: 6 „österreichische“ Projekte erhalten einen erhöhten Finanzierungsbeitrag der EU</li> <li>- PPP-Konzessionsmodell Ostregion: Beschleunigung des Ausbaus der Infrastruktur in Ostösterreich unter gleichzeitiger Optimierung der Kosten; das Modell umfasst die A5 und die A22 sowie die S1 und die S2</li> <li>- EU-weite Kompatibilität der Mautsysteme durch Annahme der Interoperabilitätsrichtlinie gewährleistet</li> <li>- Schifffahrt: Verbesserte Leistungsfähigkeit der Binnenschifffahrt durch Beschluss zum Ausbau der Donau östlich von Wien; Annahme des „River-Information-Systems“ durch die EU - Harmonisierung der Rahmenbedingungen für die Schifffahrt</li> </ul>	nicht bewertbar
Eisenbahnreform	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Umsetzung des ersten Eisenbahninfrastrukturpakets der EU mit einer Novellierung des Eisenbahngesetzes und des Bundesbahngesetzes; auf Druck der WKÖ Liberalisierung über die EU-Mindestvorgaben hinaus.</li> <li>- Durch Bahnstrukturgesetz Voraussetzungen für mehr Wettbewerb und höhere Effizienz geschaffen; diskriminierungsfreier Zugang Dritter zum österreichischen Schienennetz sichergestellt.</li> <li>- ÖBB-Gesetz: moderne, wettbewerbsfähige und transparente Unternehmensstruktur geschaffen, die Grundlage für notwendige Rationalisierungen und nachhaltige Kostensenkung bildet; Budgetfinanzierung in Form von Zuschüssen und Haftungszusagen anstelle der bisherigen automatischen Verlustabdeckung.</li> <li>- Privatbahnen: Novelle des Privatbahngesetzes im Frühling 2004: die 16 österreichischen Privatbahnen erhalten nicht nur mehr öffentliche Mittel (statt bisher 55 Mio. Euro künftig 63 Mio. Euro), ersatzlose Streichung der bisherigen zeitlichen Befristung (in der Regel 5-Jahresperioden), damit Planungssicherheit für die Unternehmen erheblich erhöht.</li> </ul>	63 Mio. Euro

**Tabelle 2.2. (Forts.): Wirtschaftspolitische Erfolge 2001 bis 2005 – monetäre Bewertung (grob geschätzt oder nicht bewertet)**

Road Pricing	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Kompensationsmaßnahmen als „Zwischenerfolge“: Entfall der Straßenbenützungsgeld, Entfall der Vignette für Kfz mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht zwischen 3,5 t und 12 t, Senkung der Kfz-Steuer auf das Niveau des Jahres 2000.</li> <li>- Zweckbindung der Mauteinnahmen für Betrieb, Instandhaltung und Neubau des hochrangigen Straßennetzes.</li> <li>- Umsetzung der Maut in technischer Hinsicht erfolgreich: rasche Einführung des Mikrowellensystems ohne gravierende Probleme; modernes „Multilane free-flow“ System statt einem „Mauthütten“-System.</li> </ul>	nicht bewertbar
Sektorales Fahrverbot	Nach den Plänen der Tiroler Landesregierung hätte im August vorigen Jahres ein sektorales Fahrverbot in Tirol in Kraft treten sollen, demzufolge der Transport bestimmter Güter auf der Inntalautobahn grundsätzlich verboten worden wäre. Intensives Lobbying der WKÖ bei der EU-Kommission, teils in bilateralen Kontakten, teils im Wege internationaler Organisationen wie zB EUROCHAMBRES hat dazu beigetragen, dass die EU-Kommission die entsprechende Verordnung dem EuGH vorgelegt hat. Im Wege einer einstweiligen Verfügung hat der Europäische Gerichtshof die Verordnung ausgesetzt, mit einer endgültigen Entscheidung ist noch im Laufe des Monats April zu rechnen.	nicht bewertbar
Kollektivverträge Luftfahrt	Nach intensiven Diskussionen konnte ein gemeinsamer Kollektivvertrag für AUA und Lauda Bedienstete sowie ein neuer Kollektivvertrag für Austrian Arrows (Tyrolian) erarbeitet werden. Damit ist nicht nur die Befriedung innerhalb des AUA-Konzerns sondern auch der Standort des Wiener Flughafens gesichert worden.	nicht bewertbar
Neues Berufsbild Speditions-logistiker	Um der Wandlung innerhalb der Branche Rechnung zu tragen hat der Fachverband der Spediteure den neuen Lehrberuf des Speditionslogistiklers geschaffen. In diesem attraktiven Lehrberuf werden speziell die Tätigkeiten der neuen Geschäftsfelder der Branche (Out Sourcing Projekte) vermittelt.	nicht bewertbar

**Tabelle 2.2. (Forts.): Wirtschaftspolitische Erfolge 2001 bis 2005 – monetäre Bewertung (grob geschätzt oder nicht bewertet)**

15-Meter Busse	<p>Bestimmungen der Richtlinie 2002/7/EG (Zulassung von 15-Meter-Bussen ohne Sondergenehmigung) wurde - als eine der ersten EU-Mitgliedstaaten - national umgesetzt (im Mai 2002 im Rahmen der 21. KfG-Novelle).</p> <p>Bis zu diesem Zeitpunkt wurden in- und ausländische Reisebusse mit über 12-Meter Länge von den Straßenkontrollbehörden gestoppt und auf Besitz von Ausnahmegenehmigungen, die vom Landeshauptmann zur Durchfahrt in Österreich vor der Reise beantragt und ausgestellt wurden, überprüft. Mit der Novelle wurden daher nachhaltig unnötige Erschwernisse im nationalen und internationalen Urlauberverkehr ausgeschaltet und eine echte Qualitätssteigerung für Busgäste erreicht.</p>	nicht bewertbar
<b>(7) Allgemeine Wirtschaftspolitik / Europapolitik / Statistik</b>		
Forschung und Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Forschungsfreibetrag ausgeweitet - und erhöht: Ausweitung der Anwendung des Forschungsfreibetrags mit dem Konjunkturbelebungs-gesetz 2002, er umfasst jetzt auch die Forschungsinfrastruktur und die anteiligen Overheadkosten sowie F&amp;E-Aufwendungen die nicht zu einem Patent führen (etwa Software). Der Forschungsfreibetrag wurde im Jahr 2003 von 10% auf 15% und im Jahr 2004 von 15% auf heute 25% erhöht.</li> <li>- Forschungsprämien geschaffen - und erhöht: Damit F&amp;E-Anreiz auch bei technologieorientierten Hightech-Start-Ups (in der Anfangsphase häufig keinen Gewinn) und bei Unternehmen, die bisher mangels Gewinn den Forschungsfreibetrag nicht nutzen konnten, wirken kann, wurde 2002 erstmals als Wahlmöglichkeit eine Forschungsprämie eingeführt. Die Forschungsprämie wurde im Jahr 2003 von 3% auf 5% und im Jahr 2004 von 5% auf heute 8% erhöht.</li> <li>- Finanzierung für Forschungsförderung verbessert: Für die Jahre 2004-2006 € 600 Mio. werden zusätzlich für Forschung, Entwicklung und Innovation bereitgestellt (und in den Jahren 2001 bis 2003 ca. 508 Mio. Euro)</li> </ul>	Insgesamt (2004 – 2006) 600 Mio. EUR

**Tabelle 2.2. (Forts.): Wirtschaftspolitische Erfolge 2001 bis 2005 – monetäre Bewertung (grob geschätzt oder nicht bewertet)**

Kreativwirtschaft	<p>ARGE Kreativwirtschaft gegründet, Ersten österreichischen Kreativwirtschaftsbericht veröffentlicht: Um die Potenziale der Kreativwirtschaft in Kreativbranchen (z.B. Design, Multimedia, Musik, Architektur, Werbung, Software, Mode) als auch in der traditionellen Wirtschaft besser auszuschöpfen wurde die WKÖ Arbeitsgemeinschaft Kreativwirtschaft gegründet, die 2003 den ersten österreichischen Kreativwirtschaftsbericht veröffentlicht hat. Dieser zeigte, dass rund 21.000 Unternehmen mit fast 130.000 Beschäftigten (9% bzw. 5% der Gesamtwirtschaft) in Kreativwirtschaft tätig sind. Impulsprogramm Kreativwirtschaft ab 2005.</p>	<p>Insgesamt (2005 – 2007) 12,3 Mio. EUR</p>
Konjunkturpolitik	<p>Wirtschaftsbarometer Austria geschaffen: Das Wirtschaftsbarometer Austria bietet Mitgliedern 2 x jährlich Orientierung auf der Basis einer konkreten und aktuellen Konjunktureinschätzung vieler Unternehmen. Es dient als Hilfe für unternehmerische Entscheidungen und als Kompass für die Arbeit der Interessenvertretung.</p>	<p>nicht bewertbar</p>
Sozialpartner-schaft neu	<p>In Vorbereitung: Neues Sozialpartnerabkommen, mit dem die österreichische Sozialpartnerschaft auf ein für die Zukunft gerüstetes Fundament gestellt und die Zusammenarbeit mit den bestehenden Partnern weiterentwickelt werden soll.</p>	<p>nicht bewertbar</p>
Etablierung eines Lobbyingnetzwerkes in Brüssel	<p>Nachdem rund 80% der wirtschaftsrelevanten Gesetzgebung auf europäischer Ebene vordeterminiert wird, ist es wichtig, frühzeitig in Brüssel auf die Entscheidungsträger (Kommission, Europäisches Parlament etc.) einzuwirken. Dies geschieht entweder direkt oder indirekt durch Europäische Verbände. Beispiele hochrangige Funktionäre auf europ. Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Präs. Leitl als Präsident von EUROCHAMBRES</li> <li>- Peter Bernert, Präsident von Eurocommerce</li> <li>- Georg Toifl, Vizepräsident UEAPME</li> <li>- Reinhold Mitterlehner, Mitglied Verwaltungsrat UEAPME</li> <li>- und viele mehr.</li> </ul>	<p>nicht bewertbar</p>

**Tabelle 2.2. (Forts.): Wirtschaftspolitische Erfolge 2001 bis 2005 – monetäre Bewertung (grob geschätzt oder nicht bewertet)**

<p>EU-Erweiterung: Übergangsfristen vor allem im Bereich Dienstleistungen</p>	<p>Nicht zuletzt auf Drängen der WKÖ wurde Österreich und Deutschland das Recht zuerkannt, im Bereich der Dienstleistungen (Arbeiten über die Grenze) Übergangsfristen im Ausmaß bis zu 7 Jahre anzuwenden. Für Österreich betrifft dies Baudienstleistungen, Reinigungs-, Sozial- und Sicherheitsdienstleistungen, gärtnerische Dienstleistungen.</p> <p>Allerdings müssten die Übergangsfristen (auch bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit) durch bilaterale Beschäftigungsabkommen ergänzt werden. Ein solches existiert mit Ungarn (Grenzgänger- und Praktikantenabkommen) seit 1996, mit CZ und SK praktisch ausverhandelt (seit 2001!) aber noch nicht im österr. Parlament behandelt. Hinsichtlich der seit 2003 möglichen Regierungsabkommen hinsichtlich Schlüsselkräfte und Pendler wurden noch nicht einmal exploratorische Gespräche aufgenommen!</p> <p><u>ACHTUNG</u>: kontroversielles Thema; Tourismus und Verkehrsbereich negativ zu Übergangsfristen eingestellt, ebenso manche Dienstleistungsbranchen.</p>	<p>nicht bewertbar</p>
<p>Binnenmarktbeschwerden – Lobbyingenerfolge</p>	<p>Beispiel ausländische Leiharbeiter in Deutschland: Leiharbeitnehmer, die im Auftrag einer österreichischen Firma auf deutschen Baustellen tätig waren, mussten zweimal registriert werden, zudem fiel Registrierungsgebühr von mehr als 600 Euro im Jahr an. Zusatzaufgaben widersprachen klar dem EU-Prinzip des freien Dienstleistungsverkehrs. → WKÖ-Beschwerde bei EU-Kommission in Brüssel: Deutschland hat eingelenkt; Leiharbeitsfirmen, die in Österreich rechtmäßig gemeldet sind und deren Mitarbeiter in Deutschland eingesetzt werden sollen, müssen künftig keine Doppelbelastungen mehr hinnehmen.</p>	<p>nicht bewertbar</p>
<p>EU-Kompetenz Tourismus gesichert</p>	<p>Infolge der Interventionen der BSTF auf nationaler und EU-Ebene (Mitarbeit an der Erklärung von Venedig vom 28. November 2003) konnte in der Kompetenzfrage betreffend den Tourismus die Aufnahme der bisherigen geltenden Bestimmung in die künftige EU-Verfassung als ergänzende Zuständigkeit erreicht werden.</p>	<p>nicht bewertbar</p>

**Tabelle 2.2. (Forts.): Wirtschaftspolitische Erfolge 2001 bis 2005 – monetäre Bewertung (grob geschätzt oder nicht bewertet)**

Grenzregionen-Förderprogramm	„Fit-für-Europa“ vom AWS (ERP-Fonds)	nicht bewertbar
Strukturfondsperiode 2007 - 2013	Vorschlag der Europäischen Kommission sieht für die Strukturfondsperiode 2007 – 2013 eine erhöhte EU-Kofinanzierung (5 Prozentpunkte höherer Fördersatz) für an die neuen Mitgliedstaaten grenzende Regionen vor (WKÖ/ARGE28-Erfolg)	nicht bewertbar
Konjunkturstatistik im Dienstleistungsbereich	Zur Erstellung der Konjunkturstatistik im Dienstleistungsbereich werden in Zukunft keine Erhebungen mehr durchgeführt. Die erforderlichen Informationen werden aus administrativen Daten gezogen. Das bedeutet eine wesentliche Entlastung unserer Mitglieder.	nicht bewertbar
Internationalisierungsoffensive	„Go international“ (2003 – 2006): Mittel des BMWA und der WKÖ	50 Mio. für 3 Jahre (2003 – 2005)
Leistungs- und Strukturhebung	Im Rahmen der Leistungs- und Strukturhebung wurde die Anzahl der Auskunftspflichtigen von vormals rund 45.000 auf 30.000 gesenkt. Aufgrund des verstärkten Heranziehens bereits verfügbarer administrativer Daten, konnte auch hier eine wesentliche Entlastung unserer Mitglieder erreicht werden, ohne die Datenqualität zu beeinträchtigen.	nicht bewertbar
<b>(8) Bildungspolitik</b>		
Unternehmerführerschein	- Das Projekt „Unternehmerführerschein“ wurde 2003 gestartet. Ziel war und ist es, das wirtschaftliche Wissen an österreichischen Schulen und Bildungseinrichtungen zu stärken, die Unternehmensneugründungen zu erhöhen und den Schülerinnen und Schülern das Unternehmertum schmackhaft zu machen. Derzeit befindet sich der erste Teil (Modul A) in der Pilotphase mit 60 Schulen und ca. 1.000 Schülerinnen und Schülern. Es gibt hervorragende Rückmeldungen, das Interesse ist sehr hoch. Wir rechnen nach der Pilotphase mit ca. 19.000 Prüfungen pro Jahr.	nicht bewertbar
Steuerliche Absetzbarkeit der Studienbeiträge	Ab 2004 können berufs begleitende Studierende (10.000 Studenten) die Studienbeiträge, sofern das Studium eine Aus- bzw. Fortbildungsmaßnahme in Zusammenhang mit einer beruflichen Tätigkeit ist oder eine Umschulungsmaßnahme darstellt ist, steuerlich absetzen.	nicht bewertbar

**Tabelle 2.2. (Forts.): Wirtschaftspolitische Erfolge 2001 bis 2005 – monetäre Bewertung (grob geschätzt oder nicht bewertet)**

Lehrgänge universitären Charakters	<ul style="list-style-type: none"> <li>Einstieg der WIFIs in den postsekundären und akademischen Bereich mit „Universitätslehrgängen“. Die Lehrgänge werden berufsbegleitend angeboten, damit ist eine Integration von Lehrgangsinhalten und Unternehmens-Know-how möglich. 6 Lehrgänge wurden genehmigt (Business Management, Finanz Management (mit MBA), Systems Engineering, Software Engineering, e - Commerce Engineering, Database Engineering)</li> </ul>	nicht bewertbar
<b>(9) Junge Wirtschaft / Gründerservice</b>		
Anstieg der Neugründungen seit 2000, insbesondere bei den Gründerinnen	Gründungen bereinigt - Jahr/Gründungen/Frauenanteil: → 2000/23.762/32,5% (7.604) → 2001/26.035/33,2% (8.644) → 2002/25.828/34,9% (9.014) → 2003/28.237/36,7% (10.363)	
Gründeraktion der Notariats- und Wirtschaftskammer	Dank des neuen Angebotes, das am 18. Mai 2004 in einer gemeinsamen Pressekonferenz der Präsidenten Woschnak (Notariatskammer) und Leitl (WKÖ) präsentiert wird, sind bei Gründung bis zum 31.12.2004 zwei Beratungen beim Notar kostenlos. Wer bis Ende des Jahres gründet spart sich auch 50% der Notariatskosten bei Errichtung eines Gesellschaftsvertrages, sowie beim Eintrag ins Firmenbuch. 470 Notare in ganz Österreich nehmen an der Gründer-Aktion teil.	nicht bewertbar
NEUFÖG (Neugründungsförderungsgesetz)	Das NEUFÖG bedeutet seit 2000 den Wegfall aller staatlichen Gründungskosten. Das NEUFÖG wurde auf Drängen der Jungen Wirtschaft und der Wirtschaftskammer im März 2002 unbefristet verlängert und in weiten Bereichen auch auf Betriebsübernehmer ausgedehnt.	nicht bewertbar
Double Equity Fonds	Hauptprobleme der jungen Unternehmen sind nach wie vor Kapital und bürokratische Hürden. Aus diesem Grund hat die JW Double Equity Fonds entwickelt, der von der Austria Wirtschaftsservice GesmbH (aws) seit November 2003 umgesetzt wird. Vom Unternehmer eingebrachtes Eigenkapital kann mit einem von der aws zu 100 % besicherten Bankkredit in der selben Höhe verdoppelt werden. Das Produkt wird hervorragend angenommen. In den ersten Monaten gingen 50 Anträge mit einem Gesamtvolumen von 38 Mio € ein.	nicht bewertbar

Quelle, Wirtschaftskammer Österreich, Wien, November 2004

### 3. Bewertung der wirtschaftspolitischen Erfolge der Wirtschaftskammer Österreich in den Jahren 2001 bis 2005

Die Bewertung der wirtschaftspolitischen Erfolge der Wirtschaftskammer ist immer in Zusammenhang mit der österreichischen Besonderheit der Sozialpartnerschaft zu

sehen. Deshalb können die ökonomischen Effekte aus den wirtschaftspolitischen Neuerungen nur der Sozialpartnerschaft per se zugeschrieben werden. In der Studie wurde versucht, die Effekte dieser wirtschaftspolitischen Neuerungen für Österreich zu bewerten. Dazu wurden die wirtschaftspolitischen Erfolge der Wirtschaftskammer der Jahre 2001 bis 2005 definiert und nach zwei Methoden bewertet:

- 1) Einerseits werden anhand einer Studie über den Beitrag der Sozialpartnerschaft zum Wirtschaftswachstum die Anteile der wirtschaftspolitischen Erfolge am Wirtschaftswachstum in Österreich quantifiziert.
- 2) Andererseits werden die Erfolge, deren Auswirkungen direkt quantifizierbar sind, einer Wertschöpfungsanalyse unterzogen und die Effekte dieser Maßnahmen auf das regionale BIP, das regionale Volkseinkommen und die regionale Beschäftigung untersucht.

Der Beitrag der wirtschaftspolitischen Erfolge zum Wirtschaftswachstum wird auf Basis einer Studie von Schneider und Wagner 2001 berechnet (vgl. Abschnitt 3.2 und 3.4.). Die Berechnung der Wertschöpfungseffekte erfolgt mit Hilfe eines ökonometrisch geschätzten Simulationsmodells (siehe Abschnitt 3.5. und Anhang).

Zunächst wird kurz auf die Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft in Österreich eingegangen, bevor anschließend die Studie von Schneider und Wagner, 2001 kurz erläutert wird.

### **3.1. Die Wirtschaftskammer als Teil der Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft**

Das österreichische Wirtschaftssystem weist im internationalen Vergleich mit der Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft (WSP) eine Besonderheit auf. Das System in seiner heutigen Form entwickelte sich nach dem 2. Weltkrieg und ist seitdem Teil der österreichischen Wirtschaftspolitik ("Austro-Korporatismus").<sup>1</sup>

Die österreichische WSP beruht weitestgehend auf dem Zusammenwirken der vier Verbände, der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammer, dem Österreichischen

---

<sup>1</sup> Die folgenden Ausführungen basieren auf der Studie von Schneider und Wagner, 2000

Gewerkschaftsbund und der Arbeiterkammer. Die Vereinigung Österreichischer Industrieller nimmt am System der WSP nur indirekt teil, indem Repräsentanten des Verbandes in den Gremien der ihnen zugeordneten Sektion der Bundeswirtschaftskammer vertreten sind. Die Regierung legalisiert das System, indem sie zum Teil Entscheidungen der Sozialpartner gesetzlich verankert, Themen zur Behandlung durch die Sozialpartner vorschlägt oder sich zum Teil weiterer Handlungen enthält.

Das österreichische Verbändesystem ist durch die Pflichtmitgliedschaft der Mitglieder gekennzeichnet. Die wichtigste ökonomische Legitimation der Pflichtmitgliedschaft liegt in der Produktion "öffentlicher Güter".<sup>2</sup> Wenn die Kammern Aufgaben im Bereich der Vorbereitung von Gesetzen u.ä. wahrnehmen, entstehen dadurch Kosten, die durch die Mitglieder getragen werden müssen. Für den einzelnen wäre es folglich rational, nicht Mitglied einer solchen Interessensvertretung zu sein, da er trotzdem in den Genuss der Leistungen kommt, ohne dafür zahlen zu müssen.<sup>3</sup> Das Problem des "Trittbrettfahrens" kann nur durch eine Pflichtmitgliedschaft verhindert werden.

Korporatistische Strukturen sind kein österreichisches Unikum. Auch in den skandinavischen Ländern, aber auch in Japan und, wenn auch abgeschwächt, in Belgien und neuerdings auch in Australien existieren korporatistische Systeme. Am ehesten lässt sich das österreichische Modell wohl noch mit dem schwedischen Modell vergleichen. Beide weisen folgende Merkmale auf:

1. eine kleine Zahl von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen
2. einen hohen Grad von Konzentration und organisationaler Zentralisation<sup>4</sup>

---

<sup>2</sup> öffentliches Gut (ö. G.) = Kollektivgut, Charakteristika nach Musgrave: Die Nutzung des ö.G. kann nicht von der Zahlung eines Entgeltes abhängig gemacht werden, da niemand vom Konsum des Gutes (z.B. aus technischen Gründen) ausgeschlossen werden kann; Der den Individuen zufließende Nutzen aus dem ö. G. ist unabhängig von der Zahl der Nutzer; das Vorhandensein von externen Effekten. Die genannten Merkmale verhindern eine effiziente Allokation dieser Güter über den Marktmechanismus (Marktversagen).

<sup>3</sup> Dieses Problem des Trittbrettfahrens zeigt sich beispielsweise auch an der sinkenden Zahl der Gewerkschaftsmitglieder.

<sup>4</sup> Allerdings ist nach internationalen Klassifikationen das österreichische System jenes mit dem höchsten Zentralisierungsgrad. Tarantelli (1986) verwendet bei der Beurteilung des Korporatismusgrades drei Merkmale: den Grad der Zentralisierung, den Grad des Konsenses und die Effektivität der Verhandlungen. Nach seiner Klassifikation erhält Österreich den höchsten Wert von 15 für den Korporatismusgrad. Calmfors und Driffill (1988) vergeben ebenfalls hinsichtlich des Zentralisierungsgrades der Lohnverhandlungen den ersten Platz von 16 Ländern an Österreich. Genaueres zu diesen Klassifikationen wird diese Arbeit noch ausführen. Vgl. Schneider und Wagner (2000)

3. einen hohen Grad vertikaler Zentralisierung in den einzelnen Interessenvertretungen (Delegation nach oben, Kontrolle nach unten)
4. die Existenz von Netzwerken der Interessenvertretungen, durch die stabile und berechenbare wirtschaftspolitische Austauschaktionen ablaufen können,
5. die Koordination und Synchronisation der sektoralen Verhandlungen durch die bundesweiten Organisationen.

Das österreichische System weist jedoch einige Besonderheiten auf:

1. Umfassenderer Wirkungsbereich des Korporatismus in Österreich als in anderen Ländern.  
Die Rolle der Sozialpartner erstreckt sich weit in die Steuergesetzgebung, die Geldpolitik<sup>5</sup>, die Budgetkonzipierung, die Umweltgesetzgebung und sogar in den Schulbereich, in die Kultur und in die Medien.<sup>6</sup>
2. Korporatismus auch auf der Mikro-Ebene  
Österreich verfügt mit dem Arbeitsverfassungsgesetz und den darin vorgesehenen Betriebsräten über ein außergewöhnliches Instrument des Korporatismus auch auf Mikro-Ebene. Die Gewerkschaften werden nur auf der überbetrieblichen Ebene tätig.
3. Das Kammernsystem mit der Pflichtmitgliedschaft  
Die Wirtschaftskammer als Institution, die alle Wirtschaftstreibenden vertritt, sowie die Arbeiterkammer als Institution, die alle Arbeiter und Angestellten außer jenen des öffentlichen Dienstes erfasst, sticht dabei besonders hervor. Die ökonomische Legitimation dazu liegt in der Produktion von öffentlichen Gütern.
4. Verwobenheit mit den wirtschaftspolitischen Parteien  
Noch immer kann auch die besondere Verwobenheit der Kammern und des ÖGB mit den wirtschaftspolitischen Parteien ÖVP und SPÖ hervorgehoben werden.
5. Kaum vorhandene solidarische oder egalitäre Elemente  
Im Gegensatz zu den Skandinavischen Ländern, in denen der Konflikt institutionalisiert ist, existieren in Österreich kaum solidarische oder egalitäre

---

<sup>5</sup> Jedenfalls war dies bis zur Einführung des Euro der Fall.

<sup>6</sup> Vgl. Aiginger (1994 b)

Elemente.<sup>7</sup> Der Konsens ist quasi institutionalisiert. Dies zeigt sich u.a. an den Lohndifferentialen, die bei Berücksichtigung des Dienstleistungssektors, beinahe so hoch sind wie in den USA oder in Kanada und liegen damit um vieles höher als in anderen europäischen Ländern mit korporatistischen Systemen.<sup>8</sup>

6. Relativ hohe Flexibilität am Arbeitsmarkt in Österreich<sup>9</sup>

Die Arbeitslosigkeit scheint nach diversen Analysen anders als in anderen Ländern tatsächlich eine entscheidende Rolle im Lohnbestimmungsprozess zu spielen: Löhne reagieren auf eine zu geringe Nachfrage.

7. Austro-Keynesianismus<sup>10</sup>

Die Wirkungsweise der WSP ist auch im Kontext des gesamten Austro-Keynesianismus zu sehen. Im Wesentlichen lässt sich diese Art von Wirtschaftspolitik durch folgende vier Elemente charakterisieren:

1. Absolute Priorität für Vollbeschäftigung und Wachstum
2. Eine expansive Fiskalpolitik zur Ankurbelung des Wachstums und der Beschäftigung (öffentliche Investitionen, Abschreibungsregeln, Zinssubventionen für private Investitionen)
3. Hartwährungspolitik, um die importierte Inflation hintanzuhalten
4. Eine freiwillige und dauernde Einkommenspolitik

Die WSP spielte v.a. bei den ersten beiden Punkten eine wesentliche Rolle.

### **3.2. Einfluss der Sozialpartnerschaft auf das Wirtschaftswachstum**

Die österreichische ökonomische Erfolgsgeschichte begann nach dem zweiten Weltkrieg, als die österreichische Wirtschaft noch eine sehr geringe Produktivität aufwies.<sup>11</sup> In den 50er und 60er Jahren wurde dieser „Technologie-Gap“ allerdings überwunden, was gemeinsam mit einem Boom im Bausektor zu rapidem Wirtschaftswachstum führte (vgl. Tabelle 3.1).

---

<sup>7</sup> vgl. Pekkarinen et al (1992)

<sup>8</sup> vgl. Guger (1992)

<sup>9</sup> vgl. Biffl et al. (1987)

<sup>10</sup> Der Begriff Austro-Keynesianismus wurde für diese wirtschaftspolitischen Richtung ex post geprägt.

<sup>11</sup> Zum Folgenden vgl. Guger, 1998

Im internationalen Vergleich schnitt Österreich besonders gut in Krisenzeiten ab, insbesondere in der Zeit nach der ersten Ölkrise. In Tabelle 3.1 erkennt man, dass Österreich überhaupt eine der höchsten Wachstumsraten hatte. Als ersten Interpretationsansatz hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der WSP kann man hier anführen, dass diese in dieser Zeit ihre besondere Eignung bewies, stabilisierend und ausgleichend zu wirken. Während die anderen Länder einen starken Einbruch des Wachstums und ein Ansteigen von Inflation und Arbeitslosigkeit erlebten, reagierte Österreich mit einer expansiven Strategie und überließ die Eindämmung der Inflation der WSP. Das Ergebnis: Eine durchschnittliche Wachstumsrate von 3% in den Jahren 1973-1979 gegenüber einem EU-Schnitt von 2,1% (Dänemark: 1,6%, Niederlande: 1,9%).

Nach der zweiten Ölkrise war die Reaktion weit weniger expansiv.<sup>12</sup> Dies lässt sich einerseits auf das ungünstige internationale Umfeld zurückführen, andererseits auf die Verstaatlichtenkrise. Das BIP-Wachstum lag in der Zeit 1979-1989 im EU-Schnitt. Belgien wuchs etwas schneller, Dänemark und Holland etwas langsamer.

In den 90er Jahren war nach einem anfänglichen Boom durch die deutsche Wiedervereinigung - angefangen durch die restriktive Geldpolitik der Bundesbank, die zu einer Aufwertung des Schillings führte, sowie durch Maßnahmen vieler europäischer Länder, die Budgetdefizite und Verschuldungsquoten zu reduzieren - nur ein relativ geringes Wachstum möglich. In Tabelle 3.1 ist klar erkennbar, dass Österreich in den Jahren 1996 bis 1998 ein im EU-Schnitt meist unterdurchschnittliches Wirtschaftswachstum zu verzeichnen hatte. Demgegenüber lagen etwa die Niederlande um bis zu 1% über dem EU-Schnitt.

---

<sup>12</sup> vgl. Guger (1998)

**Tabelle 3.1: Durchschnittliches Pro-Kopf-Wachstum des realen BIP in % 1960-2003**

Land	Durchschnittliches jährliches Wachstum des realen BIP pro Kopf in %									
	1960-73	1973-79	1979-89	1989-95	1960-89	1996	1997	1998	1999	2003
Australien	.	.	3,3	2,7	2,2	3,6	3,1	3,2	3,4	3,2
Belgien	4,4	2,1	1,8	1,3	3,1	1,5	2,7	2,6	2,8	1,1
Dänemark	3,6	1,6	1,3	1,6	2,5	3,4	3,0	2,7	2,7	0,5
Deutschland	3,7	2,5	1,9	1,3	2,7	1,4	2,2	2,5	2,8	-0,1
Finnland	4,5	1,8	3,2	-1,1	3,5	3,6	5,9	3,5	3,4	1,9
Frankreich	4,4	2,2	1,6	0,8	3,0	1,5	2,4	2,9	3,0	0,5
Italien	4,6	3,0	2,3	1,1	3,5	0,7	1,5	2,3	2,7	0,3
Japan	.	.	3,8	2,1	5,6	3,9	0,9	.	1,3	2,5
Kanada	.	.	2,9	1,3	3,1	1,2	3,8	3,2	2,8	1,7
Neuseeland	.	.	1,8	2,4	1,2	2,8	2,2	2,7	3,1	2,9
Niederlande	3,6	1,9	1,3	1,8	2,3	3,3	3,3	3,8	3,1	-0,7
Norwegen	.	.	2,1	3,2	3,6	5,3	3,5	5,3	3,0	0,4
<b>Österreich</b>	<b>4,3</b>	<b>3,0</b>	<b>2,0</b>	<b>1,3</b>	<b>3,1</b>	<b>1,6</b>	<b>2,5</b>	<b>2,8</b>	<b>2,7</b>	<b>0,8</b>
Schweden	3,4	1,5	1,8	-0,1	2,5	1,3	1,9	3,0	2,8	1,6
Schweiz	3,0	-0,1	1,7	-0,5	2,0	-0,2	0,7	1,7	2,0	-0,4
United Kingdom	2,6	1,5	2,2	0,7	2,2	2,2	3,3	2,3	2,1	2,2
USA	2,7	1,6	1,5	0,9	2,1	2,8	3,8	2,9	2,2	3,0
<b>EU 15-Schnitt</b>	<b>4,0</b>	<b>2,1</b>	<b>2,0</b>	<b>1,1</b>	<b>2,7</b>	<b>1,7</b>	<b>2,6</b>	<b>2,8</b>	<b>2,8</b>	<b>0,8</b>
<b>OECD-Schnitt</b>	<b>3,7</b>	<b>1,9</b>	<b>1,7</b>	<b>0,9</b>	<b>.</b>	<b>3,1</b>	<b>3,6</b>	<b>2,7</b>	<b>3,3</b>	<b>2,2</b>

Quelle: Guger (1998), IMF (1999); Statistik Austria, OECD, November 2004

Staaten mit Konfliktmanagementinstitutionen wie die WSP in Österreich weisen eine bessere ökonomische Performance auf, wenn sie von negativen ökonomischen Schocks (adversen externe Schocks, z.B. die Ölpreisschocks der 70er und Anfang der 80er Jahre) getroffen werden oder soziale Konflikte zu lösen sind.<sup>13</sup> Die WSP als Konfliktmanagementinstitution kann die negativen Effekte von sog. ökonomischen Schocks vermindern. Neben den positiven Effekten entstehen jedoch auch Kosten (Steuern und „rent seeking“) durch diese Institutionen. Der Einfluss dieser beiden

<sup>13</sup> Die Ausführungen basieren auf Schneider und Wagner, 2001

Dimensionen der WSP auf das Wachstum in Europa wurde in einer ökonometrischen Studie von Schneider und Wagner, 2001 untersucht.<sup>14</sup>

Folgende Hypothese wurde getestet<sup>15</sup>:

„Konfliktmanagementinstitutionen haben einen eindeutig positiven Effekt auf das Wirtschaftswachstum. Je besser dieses System in einem Land ausgebaut ist, desto höher ist das Wachstum. Konfliktmanagementinstitutionen mildern soziale Konflikte und ökonomische Schocks.“

In der Studie wird folgende Gleichung geschätzt:

$$GDPCGROW_{it} = c + \beta_1 GDPY1_{it} + \beta_2 POPGROW_{it} + \beta_3 EDUEXP_i + \beta_4 INVEST_{it} \\ + \beta_5 GOVTEXP_{it} + \beta_6 EU_{it} + \beta_7 TRADE_{it} + \beta_8 INSTIT_{it}$$

Die Abkürzungen werden im Text unten erläutert. INSTIT umfasst alle institutionellen Variablen, die ebenfalls unten beschrieben werden.

Folgende Ergebnisse werden erwartet:

$$\beta_1 < 0, \beta_2 < 0, \beta_3 > 0, \beta_4 > 0, \beta_5 < 0, \beta_6 > 0, \beta_7 > 0$$

Die Ergebnisse der empirischen Paneluntersuchung für die Jahre 1961 bis 1995 zeigte, dass Korporatismus positive Auswirkungen auf das langfristige Wachstum in der EU hatte.

Als abhängige Variable im ökonometrisch geschätzten Wachstumsmodell fungierte die Wachstumsrate des realen Pro-Kopf BIPs ( $GDPCGROW_{it}$ ) von 14 Europäischen Staaten (EU-Staaten außer Luxemburg).

Als erklärende Variablen wurden folgende Daten verwendet:

<sup>14</sup> Schneider und Wagner, 2001

<sup>15</sup> Ebenfalls untersucht wird eine zweite Hypothese, deren Ergebnisse jedoch nicht mehr explizit dargestellt werden. Hypothese B): Der Effekt von Konfliktmanagementinstitutionen auf das Wachstum hat einen positiven und einen negativen Aspekt. Konfliktmanagementinstitutionen gibt es nicht gratis. In der Theorie wird von einer nicht-linearen Beziehung mit einem positiven Effekt von bestimmten Institutionen auf das Wachstum für eine bestimmte Zeit gesprochen, dies ist jedoch verbunden mit steigenden Kosten, sowie mit einem exzessiven Wachstum der Institutionen und des Staatsanteils. Welcher Aspekt überwiegt hängt von der „Qualität“ der Institutionen ab.

- $GDPY1_{it}$  BIP pro Kopf im Basisjahr (negatives Vorzeichen erwartet). Höhere Grenzproduktivität des Kapitals in Ländern mit geringen Einkommen gegenüber Länder mit höheren Einkommen lässt erwarten, dass die Länder mit niedrigeren Einkommen schneller wachsen.
- $INVEST_{it}$  Investitionen in % des BIP (positive Koeffizienten werden erwartet).
- $POPGROW_{it}$  Wachstumsrate der Bevölkerung (negative Koeffizienten werden erwartet).
- $EDUEXP_i$  Bildungsausgaben in % des BIP (Indikator für die Qualität der Arbeitskräfte, positive Koeffizienten werden erwartet).

Darüber hinaus werden noch folgende Variablen berücksichtigt:

- $EU_{it}$  Diese Dummyvariable ist 1 für die Jahre der Mitgliedschaft in der EU und 0 für die anderen Jahre. Ein positiver Koeffizient wird erwartet.
- $TRADE_{it}$  Importe plus Exporte in % des BIP. Ein positiver Koeffizient wird erwartet. Offene Länder haben mehr Möglichkeiten sich an neue Technologien anzupassen und haben besseren Zugang zu Kapital.
- $GOVTEXP_{it}$  Staatsausgaben in % des BIP. Ein hoher Wert signalisiert ein ausgebautes Sozialsystem, das als Konfliktmanagementsystem fungieren kann. Wenn andere Institutionen berücksichtigt werden sollte diese Variable keinen Einfluss mehr haben.

Variable, die den Einfluss der Institutionen testen sind folgende:

- $CORP$  Diese Variable basiert auf einer Studie von Tarantelli (1986) und stellt einen Index von 1 bis 15 dar, mit 1 für das Land mit dem höchsten Grad an Korporatismus (nur Österreich). Für diese Variable wird ein positives Vorzeichen erwartet. Einige Länder (Griechenland, Irland Portugal und Spanien) mussten ergänzt werden.

**Tabelle 3.2: Grad an Korporatismus und Zentralisierung bei Lohnverhandlungen nach Tarantelli 1986**

Ranking nach dem Grad an Korporatismus	
Österreich	15
Deutschland	14
Dänemark	12
Schweden	12
Finnland	10
Niederlande	10
Belgien	9
Frankreich	7
Irland	7
Portugal	6
Griechenland	5
Großbritannien	5
Italien	4
Spanien	4

Anmerkung: 15 = höchster Grad an Korporatismus, Angaben basieren auf der Studie von Tarantelli, 1986

Quelle: Auszug aus Schneider, Wagner, 1999

- CENTR Dummy für den Zentralisationsgrad bei den Lohnverhandlungen (1 = höchster Zentralisationsgrad, negatives Vorzeichen wird erwartet). Diese Daten basieren für 3 Länder auf Galli und Padovano, 1999 und wurden für die übrigen Länder entsprechend selbst geschätzt.
- TRUST Ist ein Prozentsatz von Personen, die folgende Frage beantworten mussten: „Generally speaking, would you say that most people can be trusted, or that you can't be too careful in dealing with people“. Der Anteil an Personen, der mit “most people can be trusted“ antwortete, wurde berücksichtigt (World Value Survey).
- CIVIC Die Variable basiert ebenfalls auf obigen Survey und misst die Zahl an Kooperationen
- GROUPS, OGROUPS (Olsonian groups) und PGROUPS (Putnam groups) -misst die sozialen Aktivitäten im Rahmen von Mitgliedschaften bei diversen Vereinen, Organisationen mit unterschiedlichen Intensitäten.

Variable, die die Auswirkungen des Korporatismus testen sollen sind folgende:

- GINI Der GINI Index der Einkommensverteilung stellt eine Proxy-Variable für soziale Konflikte dar.
  
- SHOCK Die Variable wird über die Terms of Trade berechnet. Dadurch sollen unerwartete Veränderungen im Zuge des Außenhandels gemessen werden. Folgende Interaktionsterme werden in diesem Zusammenhang verwendet.  $GC = GINI * CORP$  /  $SCO = SHOCK * CORP$  /  $SGC = SHOCK * GINI * CORP$

Für diese Variablen werden positive Vorzeichen erwartet wenn ein positiver Effekt des Korporatismus unterstellt werden kann.

Folgende Ergebnisse wurden erzielt (vgl. Tabelle 3.3):

Die Standardvariablen eines Wachstumsmodells weisen i.d.R. das erwartete Vorzeichen auf und sind häufig signifikant. Investitionen (manchmal) und Bildung (immer) tragen positiv zum Wirtschaftswachstum bei. Die EU-Mitgliedschaft hat einen positiven Effekt auf das langfristige Wirtschaftswachstum. Das Bevölkerungswachstum weist zwar ein negatives Vorzeichen auf, man muss hier jedoch berücksichtigen, dass die Variable kleiner als 1 ist und die abhängige Variable pro Kopf gemessen wird, das weist darauf hin, dass das Bevölkerungswachstum tatsächlich einen positiven Einfluss auf das Wirtschaftswachstum in Europa hat.

Die Ergebnisse für die Bedeutung der Institutionen müssen besonders vorsichtig kommentiert werden. Regression (1) zeigt, dass stärker korporatistische Länder in Europa ein höheres langfristiges Wachstum verzeichnen konnten. Gleichung (2) zeigt jedoch, dass sich der Grad der Zentralisierung von Lohnverhandlungen negativ auf das langfristige Wachstum auswirkt.

Die Ergebnisse zeigen einen eindeutig positiven Effekt von Korporatismus auf das Wirtschaftswachstum. Damit ist die Hypothese bestätigt.

Tabelle 3.4 bietet detaillierte Ergebnisse zur Frage der Auswirkung von korporatistischen Strukturen in Europa.

In dieser Schätzung wurden alle institutionellen Variablen berücksichtigt. In Regression (8) sind einige institutionelle Variable signifikant. Corporatismus,

Vertrauen (TRUST) und zivile Kooperationen (CIVIC) haben einen positiven Einfluss auf das Wachstum, während zentralisierte Lohnverhandlungen sich negativ auswirken. Die letzten 3 Spalten der Tabelle 3.4 zeigen, dass der mildernde Einfluss von korporatistischen Systemen auf externe Schocks nachweisbar ist. Jedoch hat sich dieser Effekt in jüngster Zeit verringert.

**Tabelle 3.3.: Wachstumsregression und Konfliktmanagementinstitutionen**

Abhängige Variable: BIP pro Kopf Wachstumsrate, 1961-1995, 14 EU-Länder, t-Statistik basiert auf Newey-West Heteroskedastie und Autokorrelation Standardfehler in Klammern

	Dependent variable: GDP per capita growth, 10 years moving average panel						
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
Log initial GDP	-0.012 (3.22)**	-0.009 (2.62)**	-0.005 (1.17)	-0.010 (2.66)**	-0.009 (2.66)**	-0.012 (3.44)**	-0.008 (2.11)*
Pop. growth	-0.713 (4.01)**	-0.795 (2.86)**	-0.716 (3.18)**	-0.690 (3.04)**	-0.657 (3.02)**	-0.534 (2.78)**	-0.726 (3.12)**
Educational exp.	0.578 (6.01)**	0.529 (5.43)**	0.643 (3.85)**	0.558 (4.03)**	0.732 (4.56)**	0.673 (4.67)**	0.590 (3.83)**
Investment ratio	0.043 (1.04)	0.089 (2.65)**	0.079 (2.02)*	0.082 (2.00)*	0.047 (1.16)	0.026 (0.66)	0.077 (1.81)
Governm. exp.	-0.001 (5.31)**	-0.001 (3.05)**	-0.001 (3.68)**	-0.001 (3.41)**	-0.001 (4.10)**	-0.001 (4.14)**	-0.001 (3.59)**
Trade	-0.003 (0.69)	0.000 (0.07)	0.003 (0.58)	0.000 (0.05)	-0.001 (0.32)	0.005 (1.59)	-0.001 (0.16)
EU membership	0.007 (4.42)**	0.004 (2.36)*	0.004 (1.73)	0.006 (3.52)**	0.006 (3.52)**	0.005 (3.27)**	0.005 (2.95)**
Corporatism	0.083 (3.44)** [0.26]						
Centralized wage barg.	-0.007 (2.54)* [-0.26]						
Trust	-0.010 (0.88) [-0.10]						
Civic	0.000 (0.92) [0.08]						
Groups	-1.027 (2.38)* [-0.22]						
Olson groups	-2.584 (3.57)** [-0.30]						
Putnam groups	-0.260 (0.36) [-0.03]						
Constant	0.045 (3.41)**	0.028 (2.48)*	0.033 (2.77)**	0.015 (0.67)	0.042 (3.55)**	0.053 (4.62)**	0.033 (2.59)*
Observations	328	328	294	320	320	320	320

+ signifikant auf dem 10% Niveau, \* signifikant auf dem 5% Niveau, \*\* signifikant auf dem 1% Niveau; Newey-West t-Statistik in Klammer,  $\beta$ -Koeffizienten in eckigen Klammern

Quelle: Schneider und Wagner, 2001

**Tabelle 3.4: Detaillierte Untersuchung zum Korporatismus:  
Wachstumsschätzungen und Korporatismus (1961-1995, 1981-1995)**

Abhängige Variable: BIP pro Kopf Wachstumsrate, 14 EU-Länder, Newey-West t-Statistik

	Dependent variable: GDP per capita growth, 10 years moving average					
	(8) 1961-1995	(9) 1961-1995	(10) 1981-1995	(11) 1961-1995	(12) 1961-1995	(13) 1981-1995
Initial GDP	-0.029 (-8.18)**	-0.020 (4.97)**	-0.022 (-5.30)**	-0.019 (-4.29)**	-0.019 (4.66)**	-0.158 (-3.43)**
Population growth	-0.460 (-4.66)**	-0.621 (3.36)**	-0.533 (-5.39)**	-0.514 (-3.15)**	-0.501 (-3.24)**	-0.439 (-4.53)**
Educational expenditures	0.736 (7.85)**	0.659 (7.20)**	0.434 (6.59)**	0.691 (8.57)**	0.676 (8.62)**	0.472 (6.12)**
Investment ratio	-0.073 (-2.60)*	0.006 (0.16)	-0.130 (-2.40)*	0.024 (0.60)	0.021 (0.54)	-0.048 (-0.94)
Government expenditures	-0.000 (-1.50)	0.000 (0.71)	0.000 (2.47)*	0.000 (0.04)	-0.000 (-0.03)**	0.000 (0.785)
Trade	-0.012 (-2.76)*	-0.012 (2.52)*	-0.009 (-2.80)*	-0.006 (-1.40)	-0.007 (-1.53)	-0.002 (-0.72)
EU membership	0.011 (4.77)**	0.008 (4.01)**	0.003 (1.23)	0.008 (4.18)**	0.007 (3.89)**	0.005 (2.00)*
Korporatism	0.195 (7.19)** [0.60]	0.060 (0.32) [0.19]	0.234 (2.25)* [1.10]	0.341 (3.28)** [1.07]	0.266 (2.56)* [0.84]	0.415 (2.71)* [1.92]
Gov.exp*CORP		-0.009 (3.77)** [-1.58]	(-0.016) (-4.73)** [-4.23]	-0.007 (-2.91)** [-1.31]	-0.007 (2.95)* [-1.30]	-0.010 (-3.08)** [-2.67]
Inequality (GINI)		-0.185 (3.53)** [-0.70]	-0.231 (-5.92)** [-1.37]	-0.078 (-3.37)* [-0.30]	-0.102 (3.80)** [-0.39]	-0.101 (-4.94)** [-0.60]
GINI*Corp		1.418 (1.99)* [0.93]	2.101 (3.36)** [2.05]			
ToT shock				-0.202 (-2.00)* [-0.12]	-0.905 (-2.31)* [-0.53]	-0.160 (-0.34) [-0.07]
Shock*GINI*Corp					29.71 (1.76)+ [0.45]	15.25 (0.835) [0.19]
Centralized wage bargaining	-0.006 (-3.66)** [-0.22]					
Trust	0.028 (2.83)* [0.28]					
Civic	0.207 (2.43)* [0.32]					
Groups	-1.091 (1.03) [-0.23]					
Olson groups	-1.694 (-1.19) [-0.20]					
Putnam groups	-3.434 (-2.81)* [-0.36]					
Constant	0.004 (0.12)	0.084 (3.76)**	0.114 (5.65)**	0.054 (3.25)**	0.088 (5.60)**	0.068 (2.95)**
Observations	294	328	84	328	328	84

### **3.3 Bewertung der wirtschaftspolitischen Erfolge der Wirtschaftskammer Österreich für die Jahre 2001 - 2005**

Die wirtschaftspolitischen Erfolge der Wirtschaftskammer resultieren in der Regel aus einem Verhandlungsprozess mit den Sozialpartnern. Sie sind demnach nicht nur einer Landeskammer allein zuzuschreiben, sondern sind als gesamtes Verhandlungsergebnis der WK-Organisation zu verstehen.

In der Studie wurde versucht, die Effekte der wirtschaftspolitischen Neuerungen für Österreich zu bewerten. Dazu wurden die wirtschaftspolitischen Erfolge der Wirtschaftskammer der Jahre 2001 bis 2005 (2007) bereits im Kapitel 2 definiert und werden nun in Folge nach zwei Methoden bewertet:

- 1) Einerseits werden anhand einer Studie über den Beitrag der Sozialpartnerschaft zum Wirtschaftswachstum die Anteile der wirtschaftspolitischen Erfolge am Wirtschaftswachstum in Österreich quantifiziert (vgl. Abschnitt 3.4.).
- 2) Andererseits werden die Erfolge, deren Auswirkungen direkt quantifizierbar sind, einer Wertschöpfungsanalyse unterzogen und der Effekt dieser Maßnahmen auf das regionale BIP, das regionale Volkseinkommen und die regionale Beschäftigung untersucht (vgl. Abschnitt 3.5.).

### **3.4 Bewertung der wirtschaftspolitischen Erfolge der WKÖ: Anteil am Wirtschaftswachstum**

Auf Basis der Studie über den Beitrag der Sozialpartnerschaft zum Wirtschaftswachstum von Schneider und Wagner 2001 (vgl. Abschnitt 3.2) wurde der Anteil der wirtschaftspolitischen Erfolge am Wachstum in Österreich berechnet. Die Erfolge sowie ihr Anteil am Wirtschaftswachstum in Österreich sind in Tabelle 3.6 ersichtlich. Bei den wirtschaftspolitischen Neuerungen handelt es sich jedoch um eine taxative Aufzählung, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt!

Die Bewertung der wirtschaftspolitischen Neuerungen erfolgt in zwei Schritten:

- 1) Zunächst wird der Kosten- bzw. Effizienzvorteil durch die wirtschaftspolitische Neuerung geschätzt.

- 2) Daran anschließend wird dieser Beitrag zum Wirtschaftswachstum mittels Wachstumsmodell untersucht.

Wie aus Tabelle 3.6 ersichtlich ist, wurden nur die bewertbaren Neuerungen analysiert. Für die bewertbaren Erfolge wurde in Summe ein Beitrag von 1,142 %-Punkten zum Wirtschaftswachstum in Österreich errechnet.

**Tabelle 3.6: Simulierter Beitrag der wirtschaftspolitischen Neuerungen zum Wirtschaftswachstum**

Nr.	Wirtschaftspolitische Erfolge der WK über die Jahre 2001 - 2005	Anteil am nominellen Wirtschaftswachstum (Prozentpunkte)
<b>Maßgebliche Erfolge mit österreichweiter Bedeutung</b>		
1	Urlaubsaliquotierung	<b>0,0392</b>
2	Senkung der Krankenversicherungs-Arbeitgeberbeiträge	<b>0,0200</b>
3	Entfall Postensuchtag	<b>0,0039</b>
4	Kostenersatz für Lehrlingsbetriebe: 1.000 Euro Lehrlingsprämie	<b>0,0359</b>
5	Nachtschwerarbeitsgesetz	<b>0,0021</b>
6	50%-iger Kostenersatz bei Freizeit- und Arbeitsunfällen	<b>0,0299</b>
7	Kinderbetreuungsgeld auch für Unternehmer	<b>0,0021</b>
8	Halbierung der Mindestbeitragsgrundlage der Selbständigen zur Krankenversicherung	<b>0,0105</b>
9	Abfertigung Neu	<b>0,1196</b>
10	13. Ust-Vorauszahlung abgeschafft	<b>0,0018</b>
11	Gewährleistungsrecht: Rückgriff des Einzelhändlers	<b>0,0090</b>
12	Steuerbegünstigung nicht entnommene Gewinne	<b>0,1196</b>
13	Kreativwirtschaft	<b>0,0037</b>
14	Lohnnebenkostensenkung für ältere Arbeitnehmer	<b>0,0419</b>
15	Kammerreform	<b>0,0209</b>
16	Reform des Arbeitnehmerschutzes	<b>0,0150</b>
17	Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitslose	<b>0,0150</b>
18	Pensionsharmonisierung	<b>0,0179</b>
19	Entlastung für Unternehmer durch neuen Einkommenssteuertarif (80 % aller Unternehmen sind	<b>0,0389</b>

	Personengesellschaften)	
20	KöSt-Senkung von 34 % auf 25 %	<b>0,2915</b>
21	Abschaffung Sektsteuer	<b>0,0069</b>
22	Einführung Gruppenbesteuerung	<b>0,0299</b>
23	Reduzierte Besteuerung der Schadensrückstellungen von Versicherungen	<b>0,0075</b>
24	Neues Vergaberecht	<b>0,0090</b>
25	Umsatzsteuer Neu	<b>0,0090</b>
26	Kapitalmarkt	<b>0,0150</b>
27	Basel II	<b>0,0090</b>
28	Maßnahmen im Baubereich	<b>0,0016</b>
29	Anlagenrecht / Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)	<b>0,0179</b>
30	Eisenbahnreform	<b>0,0188</b>
31	Forschung und Entwicklung	<b>0,1794</b>
<b>Induziertes nominelles Wachstum gesamt</b>		<b>1,142 %-Punkte</b>

Quelle: Eigene Berechnungen, November 2004

Die Simulationsergebnisse zeigen, dass in Summe ein nomineller Wachstumsimpuls zwischen 2001 und 2005 von 1,142%-Punkten vom nominellen Gesamtwachstum in Österreich auf die wirtschaftspolitischen Neuerungen zurückzuführen ist. Auf das nominelle Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2003 bezogen bedeutet das ein induziertes nominelles Wirtschaftswachstum von 3,18 Mrd. Euro, bezogen auf das Jahr 2004 erhält man 3,28 Mrd. Euro und bezogen auf das Jahr 2005 können 3,43 Mrd. Euro der Wirtschaftskammer Österreich bzw. der Sozialpartnerschaft zugeschrieben werden. Legt man als Basis das reale Bruttoinlandsprodukt Österreichs des Jahres 2003 zugrunde, so ergibt sich ein Anteil am realen Wirtschaftswachstum in Höhe von 1,33 Mrd. Euro zwischen 2001 und 2005.

**Tabelle 3.8: Bewertung der wirtschaftspolitischen Erfolge**

<b>Ökonomische Effekte der wirtschaftspolitischen Erfolge</b>	<b>Werte</b>	
Nominelles Bruttoinlandsprodukt in Österreich (2003)	223,96	Mrd. Euro
Nominelles Bruttoinlandsprodukt in Österreich (2004)	231,28	Mrd. Euro
Nominelles Bruttoinlandsprodukt in Österreich (2005)	241,23	Mrd. Euro
Nominelles Wirtschaftswachstum in Österreich (Durchschnitt über 2000 - 2005)	3,43	%
Reales Wirtschaftswachstum in Österreich (Durchschnitt über 2000 - 2005)	1,783	%
<b>Anteil der wirtschaftspolitischen Erfolge am nominellen Wirtschaftswachstum</b>	<b>1,142</b>	<b>%-Punkte</b>
<b>Anteil der wirtschaftspolitischen Erfolge am realen Wirtschaftswachstum</b>	<b>0,594</b>	<b>%-Punkte</b>
<b>Anteil am nominellen Wirtschaftswachstum 2001 bis 2005 / Induzierte Wertschöpfung (Basis 2003)</b>	<b>3,18</b>	<b>Mrd. Euro</b>
<b>Anteil am nominellen Wirtschaftswachstum 2001 bis 2005 / Induzierte Wertschöpfung (Basis 2004)</b>	<b>3,28</b>	<b>Mrd. Euro</b>
<b>Anteil am nominellen Wirtschaftswachstum 2001 bis 2005 / Induzierte Wertschöpfung (Basis 2005)</b>	<b>3,43</b>	<b>Mrd. Euro</b>
<b>Anteil am realen Wirtschaftswachstum 2001 bis 2005 / Induzierte Wertschöpfung (Basis 2003)</b>	<b>1,33</b>	<b>Mrd. Euro</b>

Anmerkung: Bruttoinlandsprodukt und Wirtschaftswachstum, Statistik Austria; <http://www.statistik.at>; 2004 und 2005: Prognosen; Stand: September 2004; Sonst eigene Berechnungen, November 2004

### 3.5. Bewertung der wirtschaftspolitischen Erfolge: Wertschöpfungsanalyse

Zusätzlich wurden die Auswirkungen der wirtschaftspolitischen Neuerungen aus den Jahren 2001 bis 2005 grob quantifiziert und deren Effekte auf die Wertschöpfung (BIP, Volkseinkommen) sowie auf die Beschäftigung in einem volkswirtschaftlichen Simulationsmodell untersucht (zum Simulationsmodell siehe Anhang).

Tabelle 3.9 zeigt zusammengefasst die jeweils monetäre Bewertung der wirtschaftspolitischen Neuerungen der Jahre 2001 – 2005. Dabei wurden die entsprechenden jährlichen Elemente der Tabelle 2.1. und der Tabelle 2.2.

zusammengefasst und aufsummiert. Diejenigen quantifizierbaren Erfolge der Tabelle 2.2., welche sich nicht eindeutig einem Jahr zuordnen lassen, wurden mit je einem Fünftel den Jahren 2001 bis 2005 zugeschrieben.

**Tabelle 3.9: Monetäre Bewertung der quantifizierbaren wirtschaftspolitischen Erfolge der Jahre 2001 - 2005**

<b>Jahr</b>	<b>Summe der quantifizierbaren wirtschaftspolitischen Erfolge der Wirtschaftskammer Österreich der Jahre 2001 – 2005 in Mio. Euro</b>
<b>2001</b>	369
<b>2002</b>	457
<b>2003</b>	253
<b>2004</b>	1.425,2
<b>2005</b>	1.700,5
<b>Gesamt</b>	<b>4.204,7</b>

Quelle: Eigene Darstellung, November 2004

Die Auswirkungen der monetären Bewertungen der wirtschaftspolitischen Neuerungen können grob ermittelt werden. In Summe fließen a) durch Einsparungen und b) durch zusätzliche Einnahmen der österreichischen Wirtschaft rund 4,2 Mrd. Euro zu. Wird dieses Geld zum Teil wieder re-investiert, d.h. fließt es wieder in den Wirtschaftskreislauf zurück, dann entstehen zusätzliche Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte in Österreich.

### **3.5.1. Jährliche Wertschöpfungseffekte aufgrund der wirtschaftspolitischen Erfolge der WKÖ bis 2005**

Die nachstehenden Tabellen 3.10.1. bis 3.10.5. zeigen zunächst die jährlichen Wertschöpfungseffekte der wirtschaftspolitischen Neuerungen bis zum Jahr 2005. D.h. mit anderen Worten, dass etwa die wirtschaftspolitischen Erfolge des Jahres 2001 bis zum Jahr 2005 als wertschöpfungswirksam angesetzt werden. Dazu wird auf die obige Tabelle 3.9. zurückgegriffen. Im Gegensatz zur Gesamtbetrachtung des Abschnitts 3.5.2. (vgl. Tabelle 3.11.) werden hier nicht Teile der monetären Bewertungen der wirtschaftspolitischen Erfolge in den Folgejahren kumulativ fortgeschrieben.

**Tabelle 3.10.1: Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte der quantifizierbaren Erfolge des Jahres 2001**

Induzierte aggregierte Wertschöpfung basierend auf folgenden Szenarien der Re-Investition	Investitionsvolumen im Jahr 2001: 369 Mio. Euro	Absolute Veränderung des Jahres 2001 gegenüber der Entwicklung OHNE die Re-Investition dargestellt am/an		
		BIP	Volkseinkommen	Beschäftigung
		in Mio. Euro		
<b>Re-Investition 60%</b>	221,4	288,36	201,85	2.534
<b>Re-Investition 50%</b>	184,5	235,89	165,13	1.954
<b>Re-Investition 40%</b>	147,6	201,21	140,85	1.723

Quelle: Eigene Berechnungen, November 2004

**Tabelle 3.10.2: Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte der quantifizierbaren Erfolge des Jahres 2002**

Induzierte aggregierte Wertschöpfung basierend auf folgenden Szenarien der Re-Investition	Investitionsvolumen im Jahr 2002: 457 Mio. Euro	Absolute Veränderung des Jahres 2002 gegenüber der Entwicklung OHNE die Re-Investition dargestellt am/an		
		BIP	Volkseinkommen	Beschäftigung
		in Mio. Euro		
<b>Re-Investition 60%</b>	274,2	357,13	249,99	3.138
<b>Re-Investition 50%</b>	228,5	292,15	204,50	2.420
<b>Re-Investition 40%</b>	182,8	249,20	174,44	2.134

Quelle: Eigene Berechnungen, November 2004

**Tabelle 3.10.3: Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte der quantifizierbaren Erfolge des Jahres 2003**

Induzierte aggregierte Wertschöpfung basierend auf folgenden Szenarien der Re-Investition	Investitionsvolumen im Jahr 2003: 253 Mio. Euro	Absolute Veränderung des Jahres 2003 gegenüber der Entwicklung OHNE die Re-Investition dargestellt am/an		
		BIP	Volkseinkommen	Beschäftigung
		in Mio. Euro		
<b>Re-Investition 60%</b>	151,8	197,71	138,40	1.738
<b>Re-Investition 50%</b>	126,5	161,74	113,22	1.340
<b>Re-Investition 40%</b>	101,2	137,96	96,57	1.181

Quelle: Eigene Berechnungen, November 2004

**Tabelle 3.10.4: Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte der quantifizierbaren Erfolge des Jahres 2004**

Induzierte aggregierte Wertschöpfung basierend auf folgenden Szenarien der Re-Investition	Investitionsvolumen im Jahr 2004: 1.425,2 Mio. Euro	Absolute Veränderung des Jahres 2004 gegenüber der Entwicklung OHNE die Re-Investition dargestellt am/an		
		BIP	Volkseinkommen	Beschäftigung
		in Mio. Euro		
<b>Re-Investition 60%</b>	871,32	1.134,85	794,40	9.973
<b>Re-Investition 50%</b>	726,1	928,36	649,85	7.689
<b>Re-Investition 40%</b>	580,88	791,87	554,31	6.780

Quelle: Eigene Berechnungen, November 2004

**Tabelle 3.10.5: Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte der quantifizierbaren Erfolge des Jahres 2005**

Induzierte aggregierte Wertschöpfung basierend auf folgenden Szenarien der Re-Investition	Investitionsvolumen im Jahr 2005: 1.700,5 Mio. Euro	Absolute Veränderung des Jahres 2005 gegenüber der Entwicklung OHNE die Re-Investition dargestellt am/an		
		BIP	Volkseinkommen	Beschäftigung
		in Mio. Euro		
<b>Re-Investition 60%</b>	1.020,3	1.328,89	930,22	11.678
<b>Re-Investition 50%</b>	850,25	1.087,09	760,96	9.004
<b>Re-Investition 40%</b>	680,2	927,26	649,08	7.940

Quelle: Eigene Berechnungen, November 2004

Nachstehende Tabelle 3.11. zeigt nun noch die Gesamteffekte als Summe der Einzeleffekte der Jahre 2001 bis 2005 sowie deren durchschnittliche jährliche Ausprägungen.

**Tabelle 3.11.: Gesamte Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte der quantifizierbaren Erfolge über die Jahre 2001 bis 2005; Simulationszeitraum 2001 – 2005; Summe der Einzeleffekte 2001 bis 2005**

Induzierte aggregierte Wertschöpfung basierend auf folgenden Szenarien der Re-Investition	Investitionsvolumen über die Jahre 2001 bis 2005: 4.204,7 Mio. Euro	Absolute Veränderung über die Jahre 2001 bis 2005 gegenüber der Entwicklung OHNE die Re-Investition dargestellt am/an		
		BIP	Volkseinkommen	Beschäftigung
		in Mio. Euro		
<b>Re-Investition 60%</b>	<b>2.539,02</b>	<b>3.306,94</b>	<b>2.314,86</b>	<b>29.061</b>
<b>Durchschnitt pro Jahr zwischen 2001 und 2005 bei 60 %</b>	<b>507,80</b>	<b>661,39</b>	<b>462,97</b>	<b>5.812</b>
<b>Re-Investition 50%</b>	<b>2.115,85</b>	<b>2.705,23</b>	<b>1.893,66</b>	<b>22.407</b>
<b>Durchschnitt pro Jahr zwischen 2001 und 2005 bei 50 %</b>	<b>423,17</b>	<b>541,05</b>	<b>378,73</b>	<b>4.481</b>
<b>Re-Investition 40%</b>	<b>1.692,68</b>	<b>2.307,50</b>	<b>1.615,25</b>	<b>19.758</b>
<b>Durchschnitt pro Jahr zwischen 2001 und 2005 bei 40 %</b>	<b>338,54</b>	<b>461,50</b>	<b>323,05</b>	<b>3.952</b>

Quelle: Eigene Berechnungen, November 2004

Es zeigt sich, dass sich aus der Summe der Einzeleffekte ein Gesamteffekt gemessen im zusätzlichen BIP in Höhe von zwischen 2,31 und 3,31 Mrd. Euro über die Jahre 2001 bis 2005 ergibt. Bezogen auf die Beschäftigung erhält man einen Effekt von zwischen rund 19.760 und 29.060 geschaffenen bzw. gesicherten Arbeitsplätzen über den Zeitraum 2001 bis 2005. In Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2005 bedeutet dies weiter, dass ein BIP-Effekt von zwischen rund 462 und rund 661 Mio. Euro pro Jahr durch die wirtschaftspolitischen Erfolge der WKÖ resultiert. Der entsprechende durchschnittliche Beschäftigungseffekt beläuft sich auf zwischen rund

3.950 und 5.800 geschaffenen bzw. gesicherten Arbeitsplätzen pro Jahr in Österreich.

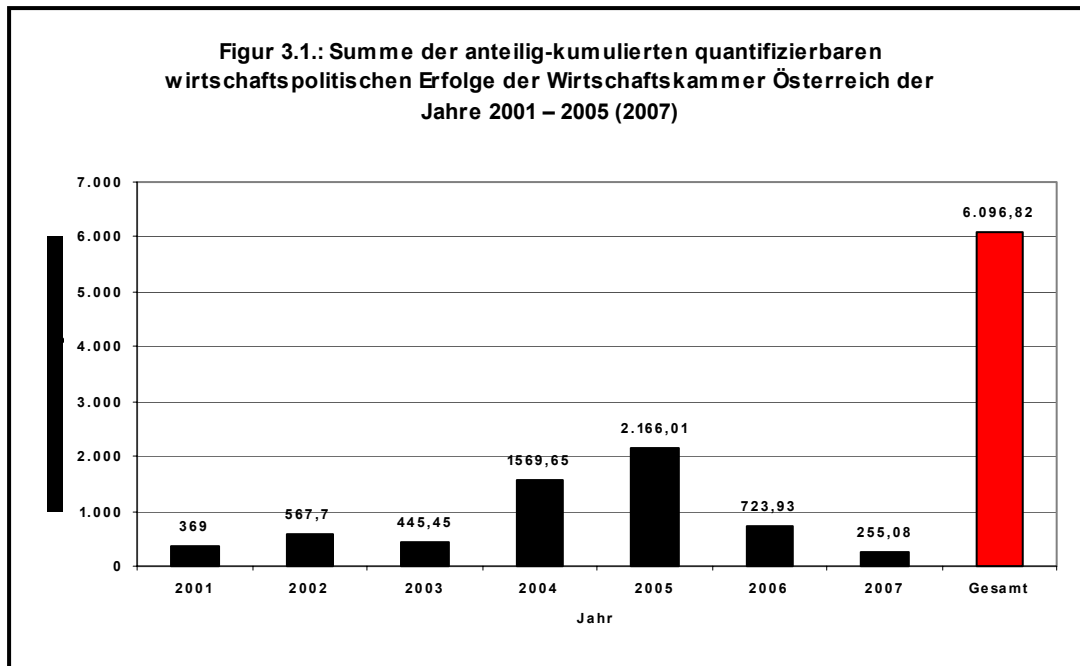
### 3.5.2. Gesamte Wertschöpfungseffekte der wirtschaftspolitischen Erfolge und kumulativ-anteilige Fortschreibung der Wirkung bis 2007

Die Tabelle 3.12 und die Figur 3.1. zeigen nun den grob geschätzten Gesamteffekt über alle Jahre 2001 bis 2005 (2007). Hierbei wurde – im Gegensatz zu Abschnitt 3.5.1. – die Annahme getroffen, dass im ersten Jahr nach Verwirklichung des wirtschaftspolitischen Erfolgs 30 % und im zweiten Jahr danach 15 % der ursprünglichen monetären Bewertung zusätzlich wertschöpfungswirksam werden. Deshalb sind jene wirtschaftspolitischen Erfolge der Jahre 2004 und 2005 auch noch für die Jahre 2006 und 2007 gemäß der obigen Anteile fortzuschreiben. Je nach Re-Investitionsszenario errechnen sich dann die in Tabelle 3.13 dargestellten Gesamteffekte auf das BIP, auf das Volkseinkommen bzw. auf die Beschäftigung über die Jahre 2001 bis 2005.

**Tabelle 3.12.: Monetäre Bewertung der anteilig-kumulierten quantifizierbaren wirtschaftspolitischen Erfolge der Jahre 2001 – 2005 (2007); Fortschreibung der Erfolge mit 30 % im 1. und mit 15 % im 2. Jahr**

Jahr	Summe der anteilig-kumulierten quantifizierbaren wirtschaftspolitischen Erfolge der Wirtschaftskammer Österreich der Jahre 2001 – 2005 (2007) in Mio. Euro
2001	369
2002	567,7
2003	445,45
2004	1569,65
2005	2.166,01
2006	723,93
2007	255,08
<b>Gesamt</b>	<b>6.096,82</b>

Quelle: Eigene Darstellung, November 2004



Quelle: Eigene Darstellung, November 2004

**Tabelle 3.13: Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte der quantifizierbaren wirtschaftspolitischen Erfolge über die Jahre 2001 – 2005 (Simulationszeitraum) + Fortschreibung der Auslaufeffekte der Jahre 2006 und 2007**

Induzierte aggregierte Wertschöpfung basierend auf folgenden Szenarien der Re-Investition	Investitions- volumen 2001 bis 2005: 5.117,8 Mio. Euro + Fortschreibung 2006 und 2007: 979,01 Mio. Euro	Absolute Veränderungen gegenüber der Entwicklung OHNE die Re-Investition dargestellt am/an		
		BIP	Volkseinkommen	Beschäftigung
		in Mio. Euro		
<b>Re-Investition 60%</b>	<b>3.658,09</b>	<b>4.507,67</b>	<b>3.155,37</b>	<b>38.443</b>
<b>Durchschnitt pro Jahr zwischen 2001 und 2005 bei 60 %</b>	<b>614,14</b>	<b>756,80</b>	<b>529,76</b>	<b>6.454</b>
<b>Re-Investition 50%</b>	<b>3.048,41</b>	<b>3.693,28</b>	<b>2.585,30</b>	<b>31.268</b>
<b>Durchschnitt pro Jahr zwischen 2001 und 2005 bei 50 %</b>	<b>511,78</b>	<b>620,04</b>	<b>434,03</b>	<b>5.249</b>
<b>Re-Investition 40%</b>	<b>2.438,73</b>	<b>2.942,43</b>	<b>2.059,70</b>	<b>24.694</b>
<b>Durchschnitt pro Jahr zwischen 2001 und 2005 bei 40 %</b>	<b>409,42</b>	<b>493,99</b>	<b>345,79</b>	<b>4.146</b>

Quelle: Eigene Berechnungen, November 2004

Insgesamt ergibt sich aus den wirtschaftspolitischen Neuerungen ein grob geschätzter Gesamteffekt von rund 6,1 Mrd. Euro in den Jahren 2001 bis 2007, wobei dazu die Fortschreibungen der Effekte anteilig mit 30 und 15 % ab dem Jahr 2001 berücksichtigt wurden. Da dieses Geld im Wirtschaftskreislauf wieder ausgegeben wird und anderen als Einkommen zufließt, das dann wiederum zum Teil ausgegeben wird, errechnet man mittels Simulationsmodell einen wiederum geschätzten BIP-Effekt von rund 2,94 bis 4,51 Mrd. Euro, je nachdem, wie viel von dem Geld re-investiert wird. In Personen ausgedrückt werden dadurch zwischen rund 24.700 und 38.440 Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert. Die jährlichen Effekte entsprechen in obiger Tabelle 3.13 im Durchschnitt einem Fünftel jener Gesamteffekte, die sich nur über dem Zeitraum 2001 bis 2005 abspielen (Basis: 5,12 Mrd. Euro). Die Jahre 2006 und 2007 wurden auf Grund der Unsicherheit zukünftiger Anteile nicht für die Durchschnittsberechnung miteinbezogen. Im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2005 resultiert somit ein BIP-Effekt pro Jahr von zwischen rund 494 und rund 757 Mio. Euro. In beschäftigten Personen ausgedrückt bedeutet dies zwischen durchschnittlich rund 4.150 und 6.450 geschaffenen bzw. gesicherten Arbeitsplätzen pro Jahr in Österreich.

### **3.5.3. Wertschöpfungswirksamkeit der wirtschaftspolitischen Erfolge der Wirtschaftskammer Österreich für Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU)**

Ausgehend von den Berechnungen des Abschnitts 3.5.2. wird in diesem Abschnitt speziell die Bedeutung der verwirklichten wirtschaftspolitischen Erfolge für KMU untersucht. Nach EU-Definition zählen alle Betriebe mit weniger als 250 Beschäftigten zu den KMU. In Österreich sind das 99,5 % aller Unternehmen, die für rund 65 % aller Beschäftigten einen Arbeitsplatz sichern (vgl. Tabelle 3.14.).

**Tabelle 3.14.: Unternehmen und Beschäftigte nach Beschäftigtengrößenklassen 2002**

Beschäftigungsgröße	Beschäftigte	
	absolut	in %
1 - 9	494.392	21,3
10 - 49	544.345	23,5
50 - 249	469.411	20,2
<b>KMU</b>	<b>1.508.148</b>	<b>65,0</b>
<b>Mehr als 250</b>	<b>811.175</b>	<b>35,0</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>2.319.323</b>	<b>100,0</b>

Quelle: KMU FORSCHUNG AUSTRIA, Berechnungen für 2002 (ÖNACE C bis K);  
<http://www.kmuforschung.ac.at/de/Presse/2003/presse030327.htm>; Download: 18. 11. 2004

In Folge wird nun die induzierte aggregierte Wertschöpfung der wirtschaftspolitischen Erfolge der Jahre 2001 bis 2005 auf die KMU bezogen. Nachstehende Tabelle 3.15. zeigt die entsprechenden Ergebnisse. Als Basis wird dazu der prozentuale Anteil der beschäftigten Personen in den Unternehmen verwendet sowie auf die kumulativ-anteilige Fortschreibung der monetären Bewertungen der wirtschaftspolitischen Erfolge der WKÖ (Abschnitt 3.5.2.) zurückgegriffen.

**Tabelle 3.15: Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte der quantifizierbaren wirtschaftspolitischen Erfolge über die Jahre 2001 – 2005 (Simulationszeitraum); Anteil der KMU (1 bis 249 Beschäftigte; 65 %)**

Induzierte aggregierte Wertschöpfung basierend auf folgenden Szenarien der Re-Investition	Investitions-volumen zwischen 2001 und 2005: 3.962,9 Mio. Euro	Absolute Veränderungen gegenüber der Entwicklung OHNE die Re-Investition dargestellt am/an		
		BIP	Volkseinkommen	Beschäftigung
		in Mio. Euro		
<b>Re-Investition 60%</b>	<b>2.377,76</b>	<b>2.929,99</b>	<b>2.050,99</b>	<b>24.988</b>
<b>Pro Jahr bei 60 %</b>	<b>475,55</b>	<b>585,99</b>	<b>410,20</b>	<b>4.998</b>
<b>Re-Investition 50%</b>	<b>1.981,47</b>	<b>2.400,63</b>	<b>1.680,45</b>	<b>20.324</b>
<b>Pro Jahr bei 50 %</b>	<b>396,29</b>	<b>480,13</b>	<b>336,09</b>	<b>4.065</b>
<b>Re-Investition 40%</b>	<b>1.585,17</b>	<b>1.912,58</b>	<b>1.338,81</b>	<b>16.051</b>
<b>Pro Jahr bei 40 %</b>	<b>317,04</b>	<b>382,52</b>	<b>267,76</b>	<b>3.210</b>

Quelle: Eigene Berechnungen, November 2004

Man erkennt, dass bei einem zugrunde gelegten Anteil der KMU an den Wertschöpfungseffekten von 65 % und je nach Höhe der Re-Investition ein zusätzliches BIP in Höhe von zwischen 1,91 und 2,93 Mrd. Euro resultiert. Bezogen auf die Beschäftigung bedeutet dies einen Effekt von zwischen rund 16.050 und rund 25.000 geschaffenen bzw. gesicherten Arbeitsplätzen bei den KMU in Österreich. Die jährlichen Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte entsprechen im Durchschnitt wiederum rund einem Fünftel der Gesamteffekte.

Analog zur Tabelle 3.15. zeigt Tabelle 3.16. jene Effekte, welche sich für die kleinsten der KMU (1 – 49 Beschäftigte) durch die wirtschaftspolitischen Erfolge der WKÖ ergeben. Der Anteil an der Wertschöpfung wird dabei gemäß Tabelle 3.14 mit 44,8 % angesetzt.

**Tabelle 3.16: Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte der quantifizierbaren wirtschaftspolitischen Erfolge über die Jahre 2001 – 2005 (Simulationszeitraum); Anteil der kleinsten KMU (1 bis 49 Beschäftigte; 44,8 %)**

Induzierte aggregierte Wertschöpfung basierend auf folgenden Szenarien der Re-Investition	Investitionsvolumen zwischen 2001 und 2005: 2.731,4 Mio. Euro	Absolute Veränderungen gegenüber der Entwicklung OHNE die Re-Investition dargestellt am/an		
		BIP	Volkseinkommen	Beschäftigung
		in Mio. Euro		
<b>Re-Investition 60%</b>	<b>1.638,82</b>	<b>2.019,44</b>	<b>1.413,61</b>	<b>17.222</b>
<b>Pro Jahr bei 60 %</b>	<b>327,77</b>	<b>403,89</b>	<b>282,72</b>	<b>3.445</b>
<b>Re-Investition 50%</b>	<b>1.365,69</b>	<b>1.654,59</b>	<b>1.158,21</b>	<b>14.008</b>
<b>Pro Jahr bei 50 %</b>	<b>273,14</b>	<b>330,92</b>	<b>231,64</b>	<b>2.802</b>
<b>Re-Investition 40%</b>	<b>1.092,55</b>	<b>1.318,21</b>	<b>922,75</b>	<b>11.063</b>
<b>Pro Jahr bei 40 %</b>	<b>218,51</b>	<b>263,64</b>	<b>184,55</b>	<b>2.213</b>

Quelle: Eigene Berechnungen, November 2004

Es zeigt sich, dass sich allein für die KMU mit 1 – 49 Beschäftigten ein BIP-Effekt von zwischen 1,32 und 2,02 Mrd. Euro ergibt. Bezüglich der Beschäftigungseffekte lässt sich ein Wert von zwischen rund 11.000 und 17.200 geschaffenen bzw. gesicherten

Arbeitsplätzen zeigen. Die jährlichen Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte entsprechen im Durchschnitt erneut rund einem Fünftel der Gesamteffekte (BIP: 264 – 404 Mio. Euro; Beschäftigung: 2.200 – 3.450 Personen)

#### **4. Zusammenfassung: Gesamtbewertung der wirtschaftspolitischen Leistungen der Wirtschaftskammer Österreich**

Es wurden die wirtschaftspolitischen Erfolge der Wirtschaftskammer nach ihren Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft untersucht. Dazu wurde einerseits der Beitrag der Erfolge zum Wirtschaftswachstum in Österreich mittels Wachstumsmodell berechnet und andererseits die Wertschöpfungseffekte der quantifizierbaren Erfolge mittels Simulationsmodell für Österreich untersucht.

**Bei der Analyse mit Hilfe der Wachstumsgleichung gelangt man zu dem Ergebnis, dass die wirtschaftspolitischen Erfolge der Jahre 2001 bis 2005 ca. 1,142%-Punkte zum nominellen Wachstum in Österreich beitrugen. Auf das nominelle Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2003 bezogen bedeutet das ein induziertes Wirtschaftswachstum von 3,18 Mrd. Euro, bezogen auf das Jahr 2004 erhält man 3,28 Mrd. Euro und bezogen auf das Jahr 2005 können 3,43 Mrd. Euro den wirtschaftspolitischen Erfolgen der Sozialpartnerschaft zugeschrieben werden. Legt man als Basis das reale Bruttoinlandsprodukt Österreichs des Jahres 2003 zugrunde, so ergibt sich ein Anteil am realen Wirtschaftswachstum in Höhe von 1,33 Mrd. Euro zwischen 2001 und 2005.**

**Unterzieht man die für die Jahre 2001 bis 2005 quantifizierbaren Erfolge einer Wertschöpfungsanalyse, ergibt sich – je nach Re-Investitionsszenario (zwischen 40 und 60 %) und in der kumulierten Gesamtbetrachtung – ein zusätzlicher BIP-Effekt in Österreich von zwischen rund 2,94 und rund 4,51 Mrd. Euro. Gemessen am Volkseinkommen sind das 2,06 bis 3,16 Mrd. Euro. In Beschäftigten ausgedrückt, konnten durch diese Neuerungen Arbeitsplätze von rund 24.700 bis ca. 38.440 Personen geschaffen bzw. gesichert werden.**

**Es wurde weiters gezeigt, dass bei einem zugrunde gelegten Anteil der KMU an den Wertschöpfungseffekten von 65 % und je nach Höhe der Re-Investition sich ein zusätzliches BIP in Höhe von zwischen 1,91 und 2,93 Mrd. Euro über**

**die Jahre 2001 bis 2005 ergibt. Bezogen auf die Beschäftigung bedeutet dies einen Effekt von zwischen rund 16.000 und 25.000 geschaffenen bzw. gesicherten Arbeitsplätzen zwischen 2001 und 2005 in Österreich. Die jährlichen Effekte entsprechen im Durchschnitt einem Fünftel der Gesamteffekte und belaufen sich somit auf einen zusätzlichen BIP-Effekt in Höhe von zwischen 382,5 und 586 Mio. Euro und auf im Durchschnitt zwischen 3.200 und 5.000 geschaffenen bzw. gesicherten Arbeitsplätzen pro Jahr zwischen 2001 und 2005 bei den KMU in Österreich.**

**Es zeigte sich auch, dass sich allein für die kleinsten der KMU mit 1 – 49 Beschäftigten ein BIP-Effekt von zwischen 1,32 und 2,02 Mrd. Euro über die Jahre 2001 bis 2005 ergibt. Bezüglich der Beschäftigungseffekte lässt sich im gleichen Zeitraum ein Wert von zwischen rund 11.000 und 17.200 geschaffenen bzw. gesicherten Arbeitsplätzen zeigen. Die jährlichen Effekte belaufen sich auf einen zusätzlichen BIP-Effekt in Höhe von zwischen rund 264 und 404 Mio. Euro und auf im Durchschnitt zwischen rund 2.200 und rund 3.440 geschaffenen bzw. gesicherten Arbeitsplätzen pro Jahr zwischen 2001 und 2005 bei den kleinsten KMU in Österreich.**

Die Wirtschaftskammer Österreich hat als Teil der Sozialpartnerschaft folglich einen wesentlichen Einfluss auf die wirtschaftspolitischen Entscheidungen und damit auf deren Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung Österreichs.

Tabelle 4.1 fasst zunächst die Ergebnisse der Bewertung der wirtschaftspolitischen Erfolge durch die Analyse des Anteils am Wirtschaftswachstum nochmals zusammen. Tabelle 4.2. zeigt daran anschließend noch einmal die wesentlichsten Ergebnisse der Wertschöpfungsanalyse. Die Tabellen 4.3 (1 – 249 Beschäftigte) und 4.4. (1 – 49 Beschäftigte) zeigen die resultierenden Wertschöpfungseffekte, wenn man sie auf die KMU Österreichs bezieht.

**Tabelle 4.1: Bewertung der wirtschaftspolitischen Erfolge; Anteil am Wirtschaftswachstum**

<b>Ökonomische Effekte der wirtschaftspolitischen Erfolge</b>	<b>Werte</b>	
Nominales Bruttoinlandsprodukt in Österreich (2003)	223,96	Mrd. Euro
Nominales Bruttoinlandsprodukt in Österreich (2004)	231,28	Mrd. Euro
Nominales Bruttoinlandsprodukt in Österreich (2005)	241,23	Mrd. Euro
Nominales Wirtschaftswachstum in Österreich (Durchschnitt über 2000 - 2005)	3,43	%
Reales Wirtschaftswachstum in Österreich (Durchschnitt über 2000 - 2005)	1,783	%
<b>Anteil der wirtschaftspolitischen Erfolge am nominellen Wirtschaftswachstum</b>	<b>1,142</b>	<b>%-Punkte</b>
<b>Anteil der wirtschaftspolitischen Erfolge am realen Wirtschaftswachstum</b>	<b>0,594</b>	<b>%-Punkte</b>
<b>Anteil am nominellen Wirtschaftswachstum 2001 bis 2005 / Induzierte Wertschöpfung (Basis 2003)</b>	<b>3,18</b>	<b>Mrd. Euro</b>
<b>Anteil am nominellen Wirtschaftswachstum 2001 bis 2005 / Induzierte Wertschöpfung (Basis 2004)</b>	<b>3,28</b>	<b>Mrd. Euro</b>
<b>Anteil am nominellen Wirtschaftswachstum 2001 bis 2005 / Induzierte Wertschöpfung (Basis 2005)</b>	<b>3,43</b>	<b>Mrd. Euro</b>
<b>Anteil am realen Wirtschaftswachstum 2001 bis 2005 / Induzierte Wertschöpfung (Basis 2003)</b>	<b>1,33</b>	<b>Mrd. Euro</b>

Anmerkung: Bruttoinlandsprodukt und Wirtschaftswachstum, Statistik Austria; <http://www.statistik.at>; 2004 und 2005: Prognosen; Stand: September 2004; Sonst eigene Berechnungen, November 2004

**Tabelle 4.2: Bewertung der wirtschaftspolitischen Erfolge:  
Wertschöpfungsanalyse**

<b>1. Wertschöpfung der quantifizierbaren Erfolge i.H.v. 4,2047 Mrd. Euro; Summe der Einzeleffekte 2001 bis 2005</b>		
1.1.1 Zusätzliche Wertschöpfung bei einer <u>Re-Investitionsquote von 60%</u>		
Gemessen am regionalen BIP	<b>3,31</b>	<b>Mrd. Euro</b>
Gemessen am regionalen Volkseinkommen	<b>2,31</b>	<b>Mrd. Euro</b>
Gemessen an der regionalen Beschäftigung	<b>29.061</b>	<b>Personen</b>
1.1.2 Zusätzliche Wertschöpfung bei einer <u>Re-Investitionsquote von 50%</u>		
Gemessen am regionalen BIP	<b>2,71</b>	<b>Mrd. Euro</b>
Gemessen am regionalen Volkseinkommen	<b>1,89</b>	<b>Mrd. Euro</b>
Gemessen an der regionalen Beschäftigung	<b>22.407</b>	<b>Personen</b>
1.1.3 Zusätzliche Wertschöpfung bei einer <u>Re-Investitionsquote von 40%</u>		
Gemessen am regionalen BIP	<b>2,31</b>	<b>Mrd. Euro</b>
Gemessen am regionalen Volkseinkommen	<b>1,62</b>	<b>Mrd. Euro</b>
Gemessen an der regionalen Beschäftigung	<b>19.758</b>	<b>Personen</b>
<b>2. Aggregierte Wertschöpfung der quantifizierbaren Erfolge i.H.v. 6,097 Mrd. Euro; Summe der aggregierten kumulativ-anteiligen Effekte über 2001 bis 2005 (2007)</b>		
2.1.1 Zusätzliche Wertschöpfung bei einer <u>Re-Investitionsquote von 60%</u>		
Gemessen am regionalen BIP	<b>4,51</b>	<b>Mrd. Euro</b>
Gemessen am regionalen Volkseinkommen	<b>3,16</b>	<b>Mrd. Euro</b>
Gemessen an der regionalen Beschäftigung	<b>38.443</b>	<b>Personen</b>
2.2.2 Zusätzliche Wertschöpfung bei einer <u>Re-Investitionsquote von 50%</u>		
Gemessen am regionalen BIP	<b>3,69</b>	<b>Mrd. Euro</b>
Gemessen am regionalen Volkseinkommen	<b>2,59</b>	<b>Mrd. Euro</b>
Gemessen an der regionalen Beschäftigung	<b>31.268</b>	<b>Personen</b>
2.2.3 Zusätzliche Wertschöpfung bei einer <u>Re-Investitionsquote von 40%</u>		
Gemessen am regionalen BIP	<b>2,94</b>	<b>Mrd. Euro</b>
Gemessen am regionalen Volkseinkommen	<b>2,06</b>	<b>Mrd. Euro</b>
Gemessen an der regionalen Beschäftigung	<b>24.694</b>	<b>Personen</b>

**Quelle: Eigene Berechnungen, November 2004**

Tabelle 4.3.: Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte der quantifizierbaren wirtschaftspolitischen Erfolge über die Jahre **2001 – 2005; Anteil der KMU ( 1 bis 249 Beschäftigte; 65 %)**

Induzierte aggregierte Wertschöpfung basierend auf folgenden Szenarien der Re-Investition	Investitions-volumen zwischen 2001 und 2005: 3.962,9 Mio. Euro	Absolute Veränderungen gegenüber der Entwicklung OHNE die Re-Investition dargestellt am/an		
		BIP	Volkseinkommen	Beschäftigung
		in Mio. Euro		
Re-Investition 60%	2.377,76	2.929,99	2.050,99	24.988
Pro Jahr bei 60 %	475,55	585,99	410,20	4.998
Re-Investition 50%	1.981,47	2.400,63	1.680,45	20.324
Pro Jahr bei 50 %	396,29	480,13	336,09	4.065
Re-Investition 40%	1.585,17	1.912,58	1.338,81	16.051
Pro Jahr bei 40 %	317,04	382,52	267,76	3.210

Quelle: Eigene Berechnungen, November 2004

Tabelle 4.4.: Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte der quantifizierbaren wirtschaftspolitischen Erfolge über die Jahre **2001 – 2005; Anteil der kleinsten KMU (1 bis 49 Beschäftigte; 44,8 %)**

Induzierte aggregierte Wertschöpfung basierend auf folgenden Szenarien der Re-Investition	Investitions-volumen zwischen 2001 und 2005: 2.731,4 Mio. Euro	Absolute Veränderungen gegenüber der Entwicklung OHNE die Re-Investition dargestellt am/an		
		BIP	Volkseinkommen	Beschäftigung
		in Mio. Euro		
Re-Investition 60%	1.638,82	2.019,44	1.413,61	17.222
Pro Jahr bei 60 %	327,77	403,89	282,72	3.445
Re-Investition 50%	1.365,69	1.654,59	1.158,21	14.008
Pro Jahr bei 50 %	273,14	330,92	231,64	2.802
Re-Investition 40%	1.092,55	1.318,21	922,75	11.063
Pro Jahr bei 40 %	218,51	263,64	184,55	2.213

Quelle: Eigene Berechnungen, November 2004

## Literaturverzeichnis

- Biffi, G., Guger, A. und Pollan, W., The Causes of Low Unemployment in Austria, Occasional Papers in Employment Studies, 7, University of Buckingham., 1987
- Galli, Emma and Padovano, Fabio. "Corporatist vs. Decentralized Governance and Economic Growth." *Journal for Institutional Innovation, Development and Transition*, 1999, 3, pp. 31-42.
- Guger, A., Corporatism: Success or Failure? Austrian Experiences, in: Pekkarinen, J., Pohjola, M. und Rowthorn, B. (1992), *Social Corporatism: A Superior Economic System*, Clarendon Press, Oxford., 1992
- Guger, A., Economic policy and social democracy: The Austrian Experience. *Oxford Review of Economic Policy*, 14 (1), 40-58., 1998
- Pekkarinen, J., Pohjola, M. und Rowthorn, B. (1992), *Social Corporatism: A Superior Economic System*, Clarendon Press, Oxford, 1992.
- Schneider F., Mayerhofer P., Kiesewetter J., Ein Simulationsmodell für Oberösterreich, Linz, 1988
- Schneider F., Wagner A. F., Institutions of Conflict Management and Economic Growth in the European Union, 2001
- Schneider F., Wagner A. F., Korporatismus im europäischen Vergleich: Förderung makroökonomischer Rahmenbedingungen?, Buchbeitrag für „Internationale Unternehmenskonzentration: Konsequenzen für den Standort Österreich“, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik, 2000
- Schneider F., Wagner A. F., Was bringt die Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft? Nutzen und Kosten des Austro-Korporatismus, 1999, Studie im Auftrag der Industriellenvereinigung
- Tarantelli, E., , The regulation of inflation and unemployment, *Industrial Relations*, 25: 1-15., 1986

## **Appendix: Methodik der Wertschöpfungsanalyse**

### **Eine kurze Beschreibung des ökonometrisch geschätzten Simulationsmodells <sup>16</sup>**

Folglich wird das zur Berechnung der volkswirtschaftlichen Wertschöpfungseffekte verwendete ökonometrisch geschätzte Simulationsmodell kurz in seiner Struktur und Leistungsfähigkeit beschrieben.

Bei dem für die Simulationen verwendeten Modell handelt es sich um ein ökonometrisch geschätztes, mittel- bis langfristig orientiertes und sektoral gegliedertes Simulationsmodell, das 16 Wirtschaftsbereiche enthält. In einem interaktiven System von 64 Verhaltens- und 142 Definitionsgleichungen wird das aus der Theorie abgeleitete und anhand tatsächlicher Gegebenheiten beobachtete Wirtschaftsverhalten der Akteure so authentisch wie möglich abgebildet, wobei auch noch 26 exogene Erklärungsfaktoren verwendet werden. Für die demographische Entwicklung fanden Berechnungen des Instituts für Demographie der Oberösterreichischen Akademie der Wissenschaften Verwendung (vgl. ÖROK 1991). Für die wenigen exogenen Variablen, etwa die Sektoren Bergbau und Öffentlicher Dienst, werden Trendextrapolationen oder andere Prognosen angewendet. Alle restlichen Variablen werden - der aufgestellten Modellstruktur entsprechend - endogen im Simulationsmodell bestimmt.

Das Simulationsmodell kann zweifach unterteilt werden: Sowohl horizontal in fünf Hauptblöcke, in denen die zentralen volkswirtschaftlichen Kenngrößen, wie Produktion, Beschäftigung, Einkommen, usw. abgebildet werden, als auch in 16 verschiedene Wirtschaftsbereiche. Durch diese Unterteilung können mit dem Simulationsmodell detaillierte Aussagen getroffen werden, die auch eine gezielte Analyse einzelner Branchen erlauben. Das Simulationsmodell ist in folgende Sektoren gegliedert:

#### **1. Sachgüterproduktionsbereiche:**

- Nahrungs- und Genussmittel;

---

<sup>16</sup> Dieses Modell ist veröffentlicht in: Schneider F., Mayerhofer P., Kiesewetter J., Ein Simulationsmodell für Oberösterreich, Linz, 1988.

- Textilien und Bekleidung;
- Holzbe- und -verarbeitung;
- Papiererzeugung und -verarbeitung;
- Chemie und Erdölindustrie;
- Erzeugung von Stein- und Glaswaren (oder Bauzulieferer);
- Grundmetalle und Metallverarbeitung und
- Elektro- und elektronische Verarbeitung

## **2. Produktionsnahe Dienstleistungsbereiche:**

- Energie- und Wasserversorgung;
- Bauwesen;
- Verkehrs- und Nachrichtenwesen und
- Vermögensverwaltung und Wirtschaftsdienste

## **3. Klassische Dienstleistungsbereiche:**

- Handel;
- Gastgewerbe und Beherbergung;
- Sonstige Dienste und
- Öffentliche Dienste

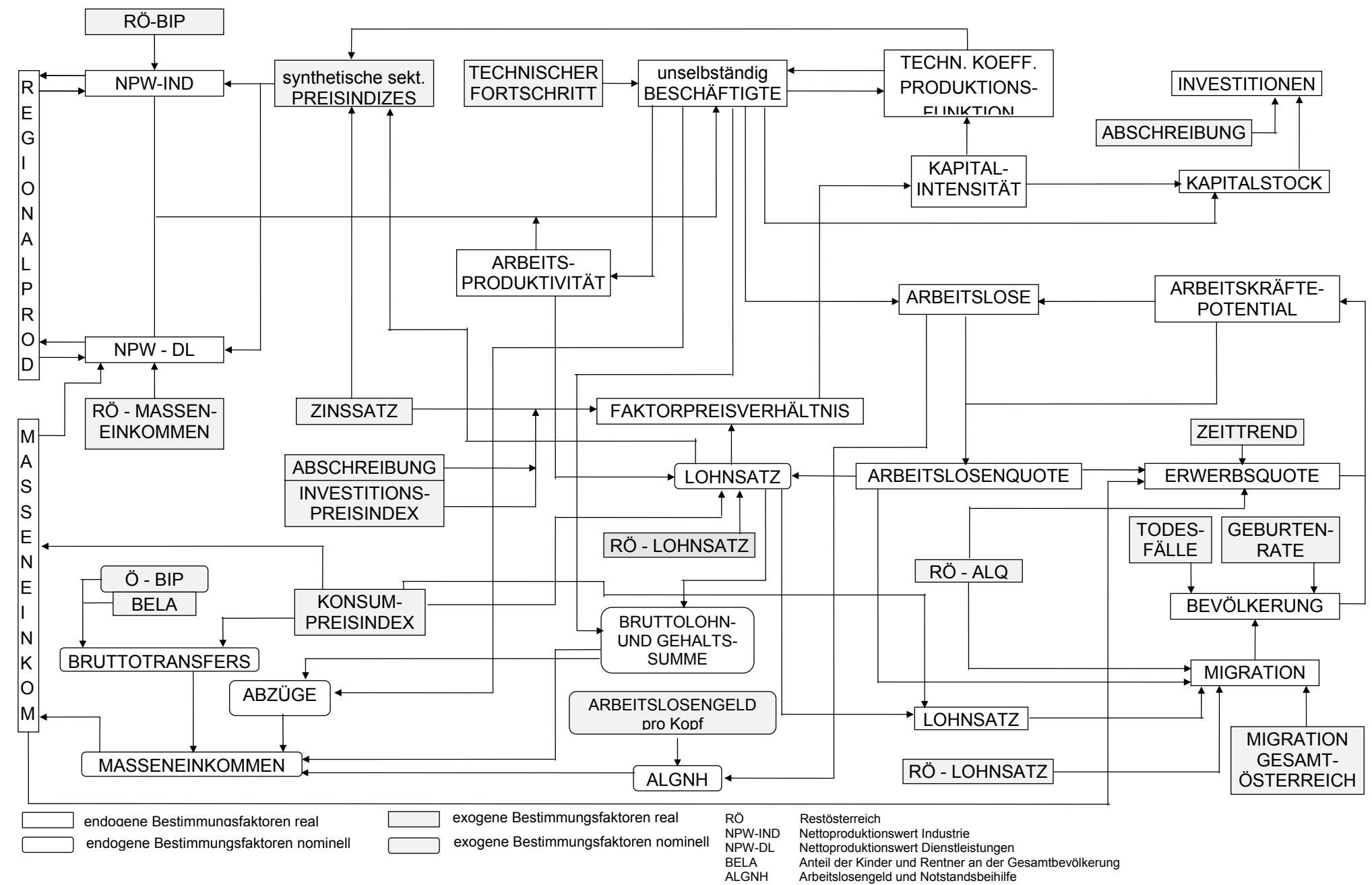
Neben dieser sektoralen Gliederung ist das Simulationsmodell in fünf simultan verbundene Blöcke unterteilt. Die Nettoproduktionswerte, die Beschäftigung und die Nominallöhne werden auf regionaler Ebene für alle 16 Wirtschaftsbereiche erklärt. Im Demographieblock werden die Bevölkerung und das Arbeitskräftepotential für die Region ermittelt. Dadurch können auch die Zahl der Arbeitslosen und die Arbeitslosenquote endogen im Simulationsmodell bestimmt werden. Die fünf Blöcke lauten:

- **Produktionsblock:** Im Produktionsblock werden die Nettoproduktionswerte nach den einzelnen Wirtschaftsbereichen bestimmt, aus denen sich das Bruttoinlandsprodukt zusammensetzt.
- **Beschäftigungsblock:** Im Beschäftigungsblock wird die Zahl der sektoralen Beschäftigten und die Gesamtbeschäftigung als deren Summe bestimmt.

- **Investitionsblock:** Im Investitionsblock werden die Kapitalstöcke, die Bruttoanlageinvestitionen der Sachgüterproduktionsbereiche bestimmt.
- **Einkommensblock:** Im Einkommensblock werden die sektoralen Nominallöhne, die Bruttolohn- und -gehaltssumme, die Bruttotransfers, die Abzüge, die Arbeitslosenunterstützung und damit das Masseneinkommen bestimmt.
- **Demographieblock:** Im Demographieblock werden die Nettomigration, die Erwerbsquote und das Arbeitskräftepotential berechnet.

Die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Blöcken sind in nachstehender Figur „Flussdiagramm des Simulationsmodells“ aufgezeigt.

**Flussdiagramm des Simulationsmodells**



Das stark vereinfachte Flussdiagramm bietet einen Überblick über den Zusammenhang der soeben einzeln erläuterten Blöcke. Anhand dieses Diagramms sind auch Kausalströme und die Simultaninteraktionen zwischen den wichtigsten volkswirtschaftlichen Kenngrößen nachvollziehbar.

Vor der Verwendung des Simulationsmodells für wirtschaftspolitische Simulationen muss auch dessen Treffsicherheit getestet werden. Bei der durchgeführten "dynamischen ex-post-Prognose", bei der die in der Vergangenheit tatsächlich aufgetretene Wirtschaftsentwicklung mit der vom Modell errechneten verglichen wird, traten für 74 % aller Gleichungen mittlere quadratische Fehler von unter 2,0 Prozentpunkten auf. Für die Aggregate waren die Fehlerabweichungen (Prozentpunkte) noch geringer: BIP 0,38 %; Gesamtbeschäftigung 0,26 %; Arbeitskräftepotential 0,25 %.

Alle weiteren durchgeführten statistischen Tests erbringen zufriedenstellende Ergebnisse, so dass ein Einsatz des Simulationsmodells zur Untersuchung exogener wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf die Wirtschaftsentwicklung einer Region zweckmäßig ist.